



Presseschau vom 06.04.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Online-Petition fordert die Demission des ukrainischen Botschafters Melnyk**
Eine [Petition](#) auf change.org fordert die Absetzung des ukrainischen Botschafters in Deutschland, Andrij Melnyk. Der Ersteller der Petition schreibt, dieser habe "inzwischen den Bogen überspannt". Wir erinnern an einige der Tropfen, die das Fass füllten. ...

<https://kurz.rt.com/2wjy> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Auf den Gipfel des Wahnsinns: Die Energiespiele gehen in die nächste Runde

Die Bundesregierung spielt gerne mit der deutschen Energiesicherheit, und die EU will jetzt auch noch russische Steinkohle verbannen. Wer meint, mit dem Aus für Nord Stream 2 sei der Gipfel des Wahns erreicht, wird sich wundern. Wir gehen in die nächste Runde. ...

<https://kurz.rt.com/2wk9> bzw. [hier](#)

Wladislaw Sankin: War das russische Militär für die Toten in Butscha verantwortlich? Das sagen die Fakten

Knapp zwei Dutzend Leichen wurden am 1. April auf einer Straße im Kiewer Vorort Butscha entdeckt. Die Ukraine und der Westen beschuldigen Russland des Kriegsverbrechens. Kann aber die Ermittlung durch eine Kriegspartei die Schuldfrage eindeutig klären? ...

<https://kurz.rt.com/2whi> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

denis-puschilin.ru: Am 5. April kommentierte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin in der Sendung „Wremja Pokaschet“ im russischen 1. Kanal die Perspektiven der Verhandlungen Russlands mit der Ukraine

„Ich habe eine eindeutige Position, sie ändert sich nicht: Die Ukraine ist ein nicht verhandlungsfähiges Land. Selbst wenn sie schon etwas unterzeichnet hätten, ihre Unterschrift dort mit Blut drunter gesetzt hätten, würden sie nichts tun. Weil sie nicht die Absicht, nicht den politischen Willen haben und es ihre Schutzherren nicht anordnen. Deshalb ist für mich hier alles offensichtlich: Der Verhandlungsprozess, ja, man muss reden, aber man soll das nicht in die Öffentlichkeit bringen, weil das Verärgerung sowohl bei den Soldaten als auch bei der Zivilgesellschaft erzeugt. Wir sehen das alles und stellen es fest. Besonders wenn über irgendwelche illusorischen Ergebnisse gesprochen wird. Es kann mit der Ukraine keine Ergebnisse geben.

Ich war selbst über lange Zeit in einem Verhandlungsprozess und weiß, was ein Wort, eine Unterschrift von Seiten der Ukraine wert ist. Das ist nichts“, unterstrich Denis Puschilin. Das Staatsoberhaupt konstatierte, dass die letzten aggressiven Bestrebungen und Erklärungen Selenskij eine mediales Bild sind, das auf die „Schaffung einer parallelen Realität“ mit angeblichen Siegen der Ukraine gerichtet ist.

„Wir verstehen sehr gut, dass dies eine mediale Komponente ist, erstens. Zweitens ist das die Illusion einiger Siege, die nicht nur an Selenskij vermittelt wird, sondern auch an die Gesellschaft im übriggebliebenen Teil der Ukraine. Sie brauchen irgendwie irgendwelche Elemente von Siegen, irgendwelche Elemente irgendeines Erfolges. Diesen gibt es tatsächlich nicht. Aber das, was jetzt in Butscha geschehen ist, diese ganze Provokation, diese ganze

Situation, sie wird von Selenskij als realer Sieg und Vernichtung irgendwelcher russischen Einheiten dort beschrieben, fast eine Vertreibung Russlands aus diesen Gebieten. Obwohl wir wissen, dass das alles anders war. Aber Selenskij hat eine andere Karte der Welt, eine andere Karte der Realität und er wird darin von der westlichen Gemeinschaft unterstützt.

Wenn man von der medialen innerukrainischen Komponente spricht, da gibt es noch einen Kanal, der nur von angeblichen heldenhaften Taten der ukrainischen Einheiten berichtet, über Selenskij als Held aller Helden. Und all das wird durch westliche Medien unterstützt – wir sehen im Internet und nicht nur da, wie sie das alles berichten. Deshalb ist das die Schaffung einer parallelen Realität, die möglicherweise in ihrer Wahrnehmung die Situation umstürzen kann“, erklärte Denis Puschilin.

21:15 (20:15 ria.ru: **Die Verhandlungen mit Kiew sollten das Schicksal von Minsk-2 nicht wiederholen - Lawrow**

Die Friedensgespräche mit Kiew sollten nicht das Schicksal der Minsker Vereinbarungen wiederholen, sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow am Dienstag.

Er merkte an, dass Kiew „keine Sabotage betreiben sollte“, um wirkliche Fortschritte bei den Friedensverhandlungen und nicht nur den Schein zu erzielen.

Russland werde bei den Verhandlungen mit Kiew nicht Katz und Maus spielen, sagte Lawrow „Andernfalls riskieren wir, das Schicksal der Minsker Vereinbarungen zu wiederholen. Wir werden dem niemals zustimmen ... Ich betone noch einmal, dass wir eine Wiederholung des Schicksals der Minsker Vereinbarungen nicht wollen und eine solche Wiederholung nicht zulassen können“, sagte Lawrow gegenüber Reportern.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/07/1777071103_0:76:2113:1265_1280x0_80_0_0_945e14211fa00cc29925d6c8c6811379.jpg

22:07 de.rt.com: **Gehen dann die Lichter aus? Wirtschaftsministerium warnt vor Boykott russischer Steinkohle**

Neben dem derzeit diskutierten Embargo russischen Erdgases und Erdöls warnt das Wirtschaftsministerium von Robert Habeck (Grüne) vor einem raschen Ausstieg aus russischer Steinkohle. Gerade Industrie und Stromversorgung bekämen innerhalb kürzester Zeit massive Probleme.

Russische Steinkohle ist ein wichtiger Faktor für die deutsche Industrie und Stromerzeugung. Ein rasches Aus für russische Steinkohle-Importe – das gerade einige Politiker der Ampel fordern – hätte laut einem internen Papier des Wirtschaftsministeriums an den Wirtschaftsausschuss des Bundestags massive Konsequenzen für Deutschland. Das berichtet der Business Insider.

Demnach nutzte Deutschland allein im Jahr 2020 etwa 31 Millionen Tonnen Steinkohle. Etwa 50 Prozent davon wurden für die Energieerzeugung benutzt, die andere Hälfte entfiel auf die

Industrie, vor allem die Stahlproduktion. Um den enormen Bedarf abzudecken, importiert Deutschland etwa 14,5 Millionen Tonnen Steinkohle aus Russland, also knapp die Hälfte des Gesamtverbrauchs eines Jahres, heißt es weiter in dem Dokument. Im Kraftwerksbereich und somit der Stromerzeugung sei der Anteil russischer Kohle noch deutlich höher.

Gewarnt wird vor einem Ausfall der russischen Importmengen. Demnach könnte es kurzfristig zu Engpässen in der Industrie und bei der Stromversorgung kommen. Zwar könne für die Stromerzeugung "auf vorhandene Vorräte an den Kraftwerksstandorten und zwischengelagerte Steinkohle in den Häfen" zurückgegriffen werden. Doch diese Kapazitäten reichen laut Wirtschaftsministerium je nach Kraftwerk nur für vier bis sechs Wochen – dann gingen die Lichter aus.

Demzufolge müsste die Bundesnetzagentur die Kohle rationieren und entscheiden, in welchen Kraftwerken sie verwendet wird. Bei der Stromversorgung drohten dadurch regionale Engpässe.

Um diese zu verhindern, habe ein Großteil der deutschen Kraftwerksbetreiber bereits angefangen, den Einsatz russischer Steinkohle zu reduzieren, schreibt das Wirtschaftsministerium weiter und ergänzt:

"Auch bei den großen industriellen Nutzern von Kohle, insbesondere der Stahlindustrie, erfolgt schon eine Umstellung der Lieferverträge."

So sei bereits im Laufe des Aprils eine deutliche Reduzierung des Anteils russischer Steinkohle am Gesamtverbrauch auf etwa 25 Prozent zu erwarten – welche Konsequenzen das hat, wird aber in den Schreiben nicht erörtert.

Wegen des Krieges in der Ukraine werde die EU den Import von russischer Steinkohle weiter einschränken, wie der [Focus](#) berichtet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624c9813b480cc1c35025eeb.jpg>

Denis-pushilin.ru: Am 5. April berichtete das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin in einer Sendung bei Rossiya 24 über den neuen Leiter der Mariupoler Stadtverwaltung, die von Aktivisten der Stadt auf einer Versammlung am 4. April vorgeschlagen wurde und kündigte ein Treffen mit ihm an, um die vordringlichsten Aufgaben beim Wiederaufbau des Lebens der Ortschaften festzulegen.

„Es wurde ein entsprechender Erlass über die Schaffung einer zivilen Verwaltung unterzeichnet. Wir sehen jetzt, dass die Menschen eine Veranstaltung organisiert haben. Ich bin über diese informiert und habe bereits eine Anfrage von den Menschen erhalten. Wir verfolgen klar, dass selbst unter Bedingungen, wo die Stadt noch nicht vollständig befreit ist, wo die Kämpfe noch weitergehen, Menschen eine aktive Position als Bürger zeigen. Und das zeugt schon von vielem. Wir können uns sehr gut vorstellen, was all diese Menschen durch das ukrainische Besatzungsregime erlitten haben und sie gezwungen wurden zu schweigen. Und jetzt, wo die Donezker Volksrepublik und Russland diese Menschen befreit hat, haben wir sehr klar gesehen, dass die Mehrheit der Menschen ein adäquates Verständnis

des Geschehens hat, wissen, was geschieht, wissen, wer an all dem Elend schuld ist, das unter anderem nach Mariupol gekommen ist. Wir wissen, dass die Radikalen, die Mitglieder der nationalistischen Bataillone und ja das ukrainische Regime als ganzes trotz allem eine Minderheit ist. Es gibt weit aus mehr vernünftige Menschen, die ihren Verstand behalten haben“, sagte Denis Puschilin.

Er stellte fest, dass die gestrige Versammlung in Mariupol die wirklichen Bestrebungen der Menschen gezeigt hat, die Ideale, die die Donezker Volksrepublik schon seit acht Jahren verteidigt.

„Das ist das Recht russisch zu sprechen, die wirkliche Geschichte zu ehren, die Helden des Großen Vaterländischen Kriegs und sich in Richtung und gemeinsam mit unserer großen Heimat zu bewegen. Unter Berücksichtigung all des oben gesagten halte ich es für notwendig von meiner Seite den von den Menschen aufgestellten Leiter einzuladen und ihm vorzuschlagen, die örtliche Verwaltung zu übernehmen. Das werde ich heute auf jeden Fall tun“, sagte Denis Puschilin.

Das Oberhaupt der Republik unterstrich, dass die Liste der vorrangigen Aufgaben für den neuen Leiter der Verwaltung von Mariupol offensichtlich ist.

„In erster Linie den Menschen allseitige Unterstützung zu leisten, sie mit Lebensmitteln, Wasser, Medikamente zu versorgen, das Netz humanitärer Punkte auszuweiten, eine parallele Verwaltung zu bilden. Es muss ein systematische Herangehen erarbeitet werden und eine Lösung aller Fragen, darunter der schwierigen Fragen des Wiederaufbaus der Stadt, die Herstellung von Wetterfestigkeit auf den ersten Etagen muss in der allernächsten Zeit beginnen. Außerdem sind unmittelbar analytische Arbeiten für den Wiederaufbau notwendig: eine Schätzung, welche Materialien benötigt werden, wie viel. In Mariupol müssen die Herangehensweisen eingeführt werden, die in der Donezker Volksrepublik in anderen befreiten Ortschaften genutzt wurden. Aber diese waren klein und Mariupol ist eine wirklich große Stadt und hier wird es ohne ein systematisches Herangehen sicher nicht gehen. Das ist eine sehr ernste Verantwortung, die die neue Verwaltung haben wird“, unterstrich Denis Puschilin.

Er fügte hinzu, dass zu den vorrangigen Wiederaufbauarbeiten das Arbeitsamt Einwohner der Stadt auf bezahlter Grundlage heranziehen muss.

Nach den Worten des Staatsoberhauptes wird heute ein Treffen mit dem zukünftigen Leiter der Verwaltung von Mariupol stattfinden, bei dem kurzfristige, mittelfristige und langfristige Aufgaben gestellt werden, die mit dem Wiederaufbau der Lebenstätigkeit der Stadt zusammenhängen.

„Ich bin überzeugt, dass wir sie besser machen, als sie war“, fasste Denis Puschilin zusammen.

22:21 de.rt.com: **Nebensja an Selenskij: Ukrainischen Vorwürfen gegen russisches Militär in Butscha fehlen die Beweise**

Der Ständige Vertreter Russlands bei der UNO Wassili Nebensja hat erklärt, dass die Vorwürfe der Ukraine gegen das russische Militär nicht durch Beweise belegt seien. Dabei bezog sich der Botschafter auf die Ereignisse in der ukrainischen Stadt Butscha.

Die Anschuldigungen der Ukraine gegen das russische Militär seien durch keinerlei Beweise belegt. Darauf verwies der Ständige Vertreter Russlands im UN-Sicherheitsrat Wassili Nebensja am Dienstag. Der russische Diplomat wandte sich dabei an den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, der über eine Videoverbindung an der Sitzung des UN-Sicherheitsrats teilnahm:

"Wir sehen die unbegründeten und oberflächlichen Anschuldigungen gegen die russischen Soldaten, die durch keinerlei Augenzeugenberichte gestützt werden, in Ihrer Verantwortung." Nebensja zufolge sei die von den ukrainischen und westlichen Medien verbreitete Version der Ereignisse in Butscha voller Ungereimtheiten. Wörtlich hieß es:

"Ich verstehe, dass Sie die Leichen gesehen und die Geschichten gehört haben. Sie haben nur das gesehen, was sie Ihnen zeigen wollten. Die von den ukrainischen und westlichen Medien verbreitete Version der Ereignisse ist unübersehbar widersprüchlich."

Dabei wies der Ständige Vertreter Russlands bei der UNO darauf hin, dass es unmittelbar nach dem Abzug der russischen Truppen keine Leichen gegeben habe, was mehrere Videoaufnahmen belegen. Nebensja machte darauf aufmerksam, dass es Aufnahmen von ukrainischen Radikalen gebe, die dazu aufrufen, auf Menschen mit weißen Armbinden, das heißt Zivilisten, zu schießen. Überdies betonte der Diplomat:

"Die Leichen auf dem Video ähneln in keiner Weise denen, die seit drei oder vier Tagen, und nach den sensationellen und absolut unwissenschaftlichen Angaben der New York Times sogar seit dem 20. März, auf der Straße liegen."

Hunderte von Menschen seien bereit, über Neonazi-Verbrechen in der Ukraine auszusagen, hieß es weiter. Nebensja fügte hinzu, dass die Ukraine das Problem im Donbass im März militärisch lösen wollte. Und dafür gebe es viele Beweise, Russland habe einschlägige Geheimaufträge gefunden. Zudem soll sich die Ukraine immer wieder geweigert haben, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen. Russland habe keinen anderen Ausweg als eine Militäroperation in der Ukraine gehabt.

Wassili Nebensja unterstrich, dass die westlichen Länder versuchen würden, den Konflikt in der Ukraine zu verlängern, indem sie Kiew mit Waffen und Munition versorgen. Er betonte, dass sich die westlichen Länder nicht um die Ukraine selbst kümmern:

"Für sie war und ist es nur ein Spielball in einem geopolitischen Spiel gegen Russland, den sie ohne weiteres opfern werden. Aber vorerst werden sie versuchen, diesen Konflikt durch die Lieferung weiterer Waffen und Munition zu verlängern."

Die ukrainischen Behörden und Journalisten von Reuters, AFP und BBC veröffentlichten am Sonntag Bildmaterial aus zwei kleinen Städten in der Region Kiew, Butscha und Irpen. Diese zeigen Massengräber und Leichen auf den Straßen, einige mit gefesselten Händen. Die Tötung von Zivilisten wurde Russland vorgeworfen.

Anschließend bezeichnete das russische Verteidigungsministerium das veröffentlichte Material als eine weitere Provokation. Nach Angaben des Militärs sei während der Zeit, in der Butscha unter der Kontrolle des russischen Militärs stand, kein einziger Einwohner Opfer von Gewalttaten geworden, während das ukrainische Militär die südlichen Teile der Stadt rund um die Uhr geschossen habe. Darüber hinaus stellte das Verteidigungsministerium klar, dass das russische Militär Butscha am 30. März vollständig verlassen hatte, während die Fotos mit den Leichen erst vier Tage später erschienen seien.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow betonte seinerseits, der Grund für diese Provokation sei, einen Vorwand zu finden, um die laufenden Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Dabei wies der russische Außenamtschef darauf hin, dass dies zu dem Zeitpunkt erfolgte, an dem Fortschritte bei den Gesprächen zu verzeichnen waren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624c8e24b480cc1b91768d1c.jpg>

22:35 de.rt.com: **Sitzen Offiziere der NATO, Schwedens und ein US-Generalmajor in Mariupol fest?**

Wie der RT-Korrespondent Murad Gazdiev [schreibt](#), sollen nach Berichten in der russischen Presse NATO-Offiziere aus Frankreich, Deutschland, dem Vereinigten Königreich, aber auch aus dem "neutralen" Schweden in Mariupol festsitzen. Wie es heißt, versuchen sie offenbar, mit den russischen Streitkräften einen Evakuierungskorridor auszuhandeln. Was sie in Mariupol, so nahe an der Frontlinie, zu tun hätten, sei unklar.

Zuvor war in Social-Media-Kanälen zu lesen, dass sogar der US-Generalmajor Roger L. Cloutier Jr. sich im eingekesselten Quartier des Neonazi-Bataillons "Asow" in Mariupol aufhalten würde. Das Pentagon habe den russischen Präsidenten Wladimir Putin kontaktiert. Wie das Portal Veterans Today [schreibt](#), würden sich entsprechende Hinweise verdichten, dass der US-General als Anführer der "Asow-Nazis" in Mariupol gefangen genommen worden sei. Eine Nachrichtensperre sei verhängt worden.

Wie aus einem Pressebriefing des russischen Verteidigungsministeriums [hervorgeht](#), wurden am Morgen des 5. April zwei ukrainische Hubschrauber des Typs Mi-8 von russischen Truppen abgeschossen, als sie versucht haben sollen, von der See her nach Mariupol einzufiegen, um die eingeschlossenen Kommandeure der nationalistischen Bataillone und ukrainischen Truppen zu evakuieren. Dies wird in verschiedenen Presseberichten [bestätigt](#).



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624ca5e0b480cc16686072a0.jpg>

0:48 (23:48) ria.ru: **Blinken erklärte, im Kaukasus sei "jetzt nicht die Zeit für eine Eskalation".**

Am Vorabend der armenisch-aserbaidshianischen Gespräche sprach US-Außenminister Anthony Blinken mit dem aserbaidshianischen Präsidenten Ilham Alijew und dem armenischen Premierminister Nikol Paschinjan und stellte fest, dass „jetzt nicht die Zeit“ für eine Eskalation in Transkaukasus sei, berichtet das Außenministerium.

Dem Bericht zufolge besprach Blinken mit Paschinjan die Situation um die Ukraine und die bevorstehenden Verhandlungen zwischen Paschinjan und Alijew mit dem Vorsitzenden des Europäischen Rates Charles Michel. Auf Initiative von Michel ist für Mittwoch in Brüssel ein Treffen zwischen Paschinjan und Alijew angesetzt.

Der Außenminister betonte, dass jetzt nicht die Zeit für eine weitere Eskalation in der Region sei. Blinken drückte seine Unterstützung für Friedensgespräche zwischen Armenien und Aserbaidshian aus.

Der Pressedienst des Außenministeriums berichtete, Blinken habe ein separates Gespräch mit Alijew geführt und auch seine Unterstützung für die geplanten Gespräche zum Ausdruck gebracht. "Er (Blinken - Anm. d. Red.) betonte die Hilfsbereitschaft der Vereinigten Staaten,

indem sie sich bilateral und mit ähnlich denkenden Partnern engagieren", betont das US-Außenministerium.

Pashinjan reiste am Dienstag nach Brüssel, wo er mit Michel sprechen wird. Dort ist am 6. April ein trilaterales Treffen des armenischen Ministerpräsidenten mit Michel und dem aserbaidischen Präsidenten Ilham Alijew geplant.

Dies ist das zweite Treffen in einem ähnlichen Format – Pashinjan, Alijew und Michel trafen sich am 14. Dezember 2021 ebenfalls in der belgischen Hauptstadt. Zuvor fanden am 11. Januar 2021 in Moskau und am 26. November in Sotschi zwei Treffen der Staats- und Regierungschefs Armeniens und Aserbaidischans unter Beteiligung des russischen Präsidenten Wladimir Putin statt. Einzelheiten zu den bevorstehenden Gesprächen wurden nicht mitgeteilt. Zuvor hatte der Europäische Rat angemerkt, dass die Staats- und Regierungschefs über die Ereignisse sprechen würden, die seit ihren letzten Kontakten stattgefunden haben, und „weitere Wege zum Aufbau eines sicheren, stabilen und wohlhabenden Südkaukasus erörtern werden“. Es wird erwartet, dass die Führer Armeniens und Aserbaidischans die Möglichkeit der Aufnahme von Verhandlungen zum Abschluss eines Friedensvertrags erörtern werden.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/01/15/1768933209_0:0:3060:1721_1280x0_80_0_0_387e0c479704bca8cde48f01ec9e3df0.jpg

vormittags:

6:15 de.rt.com: **Russland: Ukraine inszeniert weitere Morde an Zivilisten, Westen verschleppt Ermittlung zu Butsch**

Russlands Militärsprecher werfen ukrainischen Sicherheitsdiensten vor, weitere Morde an Zivilisten in mehreren Ortschaften zu inszenieren, um mithilfe westlicher Medien Moskau Kriegsgräueltaten anzukreiden, und das Außenamt wirft dem Westen vor, Ermittlungen zu Butsch zu verschleppen.

Die gleiche Taktik wie in der Stadt Butsch in der vergangenen Woche angewandt zu haben, wirft Moskau Kiew vor – erneut sollen die russischen Streitkräfte für angebliche Gräueltaten verantwortlich gemacht zu werden. Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Generalmajor Igor Konaschenkow erklärte während eines Pressebriefings:

"Die Truppen des 72. ukrainischen Hauptzentrums für Operationen der Informations- und psychologischen Kriegsführung haben erneut inszenierte Filmaufnahmen von Zivilisten angefertigt, die angeblich durch gewaltsame Aktionen der russischen Streitkräfte getötet wurden – um diese Aufnahmen in den westlichen Medien zu verbreiten."

Nach "bestätigter Information" hätten die Dreharbeiten dazu am Montag im Dorf Moschun, etwa 23 Kilometer nordwestlich der ukrainischen Hauptstadt Kiew, stattgefunden.

Ähnliche Operationen unter falscher Flagge seien von der ukrainischen Seite in den Städten Sumy, Konotop und anderswo durchgeführt worden, fügte Konaschenkow hinzu.

Butscha-Massaker: Weiße Armbinden führen zum Täter – vielleicht auch zum Motiv
Auch im russischen Außenministerium äußerte man sich zu den westlichen Anschuldigungen der Massentötung von Zivilisten im ukrainischen Butscha und wies die Vorwürfe entschieden zurück. Dessen Leiter Sergei Lawrow erinnerte: Russland habe zweimal versucht, den Vorfall vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen, was jedoch Großbritannien, das derzeit den Vorsitz in diesem Gremium innehat, verweigerte. Dieses Vorgehen Großbritanniens bezeichnete der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja als "unglaublich und beispiellos".

"Es war beispiellos, unfassbar und undenkbar. Uns wurde eine Sitzung des Sicherheitsrates verweigert, die wir heute bei der britischen Präsidentschaft beantragt hatten. Während meiner Amtszeit hatte ich Dringlichkeitssitzungen des Sicherheitsrates zu vielen Themen, die an Wochenenden, an US-Feiertagen und so weiter stattfanden – und wir haben nie Einspruch erhoben. Was hier geschehen ist, ist etwas Unglaubliches und noch nie dagewesenes in der Geschichte der Vereinten Nationen. Das ist eine Tatsache. "

Lawrow wies darauf hin, dass es allein in den letzten Wochen zur Ukraine "viele Beispiele für offene Fakes" gab und dass man diese Art der Fake-News bereits aus dem Syrien-Krieg von den dort operierenden westlich gestützten Weißhelmen gewohnt sei.

Dabei liefen die Kampagnen nach einem ähnlichen Schema ab, nämlich, dass "sofortige Propagandakampagnen" gestartet und die vermeintlich "Schuldigen" vorschnell ausgemacht wurden. Derartiges, insbesondere seitens der US-Politiker, so Lawrow,

"besagt vor allem, dass es bei vielen US-Politikern, die den Krieg im Irak unter einem bekannten Vorwand begonnen haben, die Libyen zusammen mit NATO-Partnern zerstört haben, die in Syrien eingefallen sind, mit dem Gewissen nicht gerade weit her ist."

Lawrow erinnerte und versicherte:

"Als wenige Tage später die Wahrheit ans Licht kam, wollte im Westen niemand über dieses Thema sprechen. Wir werden solche Fälschungen entlarven."

Er wies in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass die russischen Streitkräfte Butscha bereits am 30. März verlassen haben – was auch der Bürgermeister der Kleinstadt bestätigte. Zwei Tage später sei es dann zu den Anschuldigungen gegenüber russischen Truppen gekommen.

Am Samstag verbreitete das offizielle Kiew Bild- und Videomaterial von mehreren Leichen, die auf den Straßen der Kleinstadt Butscha nordwestlich von Kiew lagen, und behauptete, sie seien von russischen Truppen hingerichtet worden.

Moskau, das darauf besteht, dass sein Militär beim Einsatz in der Ukraine keine Zivilisten ins Visier nimmt, hat diese Anschuldigungen als Provokation und Operation unter falscher Flagge durch Kiew entschieden zurückgewiesen.

Man wies auf zahlreiche Ungereimtheiten im ukrainischen Narrativ hin, so auch auf die Tatsache, dass das Video erst einige Tage nach dem Rückzug der russischen Streitkräfte aus Butscha aufgetaucht ist und dass der örtliche Bürgermeister in seiner Videoansprache, in der er die "Befreiung" der Stadt verkündete, mit keinem Wort irgendwelche Tötungen von irgendjemandem durch die russischen Truppen erwähnte.

Trotz der russischen Argumente und Moskaus Versuch, eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates einzuberufen, haben Regierungen im Westen sofort für sich entschieden, wer für die angeblichen Gräueltaten verantwortlich sei. US-Präsident Joe Biden forderte einen "Kriegsverbrecherprozess" für seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin und die EU gelobte, ihre Experten in die Ukraine zu entsenden, um die ukrainischen Behörden bei der Sammlung von Beweisen vor Ort zu unterstützen.

Moskau begann Ende Februar einen großangelegten militärischen Einsatz in der Ukraine, nachdem sein Nachbarland die Umsetzung der im Jahr 2014 unterzeichneten Minsker Vereinbarungen konsequent verweigerte und Russland daraufhin schließlich die im Donbass

gelegenen Volksrepubliken Donezk und Lugansk anerkannte. Mit den von Deutschland und Frankreich vermittelten Protokollen sollte der Status dieser Regionen innerhalb des ukrainischen Staates friedlich und für alle hinnehmbar geregelt werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624c64be48fbef30eb4bd82e.jpg>

7:00 de.rt.com: **US-Botschafterin bei UNO: Es gibt keine Möglichkeit, Russland aus dem UN-Sicherheitsrat auszuschließen**

Die Ständige Vertreterin der USA im UN-Sicherheitsrat Linda Thomas-Greenfield hat in einem Interview mit MSNBC erklärt, dass es keine Möglichkeit gebe, Russland aus dem UN-Sicherheitsrat auszuschließen. Sie sagte:

"Der Sicherheitsrat wurde infolge der Gründung der UNO nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen. Sie sind Mitglied des Sicherheitsrates. Das ist eine Tatsache. Diese Tatsache können wir nicht ändern."

Am Dienstag schlug der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij dem UN-Sicherheitsrat, in dem Moskau als ständiges Mitglied über ein Vetorecht verfügt, vor, dass sich der Rat selbst auflöst oder Russland aus seiner Mitgliedschaft ausschließt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624d154348fbef4af41c3d45.jpg>

Wpered.su: **Das Zentralkomitee äußert sein Mitgefühl im Zusammenhang mit dem Tod des internationalistischen Kämpfers Edi Ongaro im Donbass**

Mit tiefer Trauer haben wir vom Tod unseres Genossen, des internationalistischen Kämpfers und italienischen Antifaschisten Edi Ongaro erfahren.

Edi Ongara starb in den Kämpfen um Awdejewka. Er warf sich auf eine Granate, um seine

Genossen zu retten. Er war 46 Jahre alt.

Der italienische Antifaschist wurde in Portogruaro in der Provinz Venezia geboren. Bereits 2015 kam er in die Lugansker Volksrepublik und begann seinen Dienst in der Brigade „Prisrak“. Seitdem hat er den Donbass nicht verlassen.

Das Zentralkomitee der KP der DVR spricht den Verwandten und Freunden von Edi Ongaro sein Mitgefühl aus.

Ewiges Gedenken!



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2022/04/YEdi.jpg>

7:20 de.rt.com: **Weißes Haus: USA wollen Russland vor die Wahl zwischen Staatsbankrott und Verarmung stellen**

Jen Psaki, die Sprecherin des Weißen Hauses, hat erklärt, dass die Vereinigten Staaten Russland mittels Sanktionen vor die Wahl stellen wollen, entweder zahlungsunfähig zu werden oder die verbliebenen Währungsreserven zu verbrauchen.

"Russland verfügt nicht über unbegrenzte Ressourcen, vor allem jetzt nicht, da wir lähmende Sanktionen verhängt haben. Sie werden sich entscheiden müssen, ob sie die verbleibenden US-Dollarreserven aufbrauchen, neue Einnahmen ausgeben oder in Verzug geraten."

Psaki beschrieb das Ziel der US-Regierung als "Erschöpfung der Ressourcen, die Putin zur Fortsetzung seiner Aktivitäten gegen die Ukraine zur Verfügung stehen". Sie behauptete auch, dass die Sanktionen bereits Wirkung zeigten und das russische Finanzsystem "an den Rand des Zusammenbruchs" bringen würden.

Reuters hatte zuvor berichtet, dass das US-Finanzministerium keine US-Dollar-Zahlungen für russische Staatsschulden bei US-Banken genehmigen würde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624d185f48fbef324c0d1613.jpg>

8:24 (7:24) ria.ru: **Das russische Außenministerium verwies auf das niedrige fachliche Niveau westlicher Diplomaten**

Die offizielle Vertreterin des Außenministeriums Russlands, Maria Sacharowa, kommentierte Äußerungen über einen möglichen Ausschluss Russlands aus dem UN-Sicherheitsrat und bemerkte, das professionelle Niveau westlicher Diplomaten sei gesunken.

„Ich habe großen Respekt vor der Institution der Ständigen Mission, insbesondere wenn es um ständige Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats geht, aber abgesehen davon war das Niveau der Kontroversen in den letzten Jahren seitens des westlichen Blocks unter den ständigen fünf Mitgliedern erbärmlich“, sagte sie im Sputnik-Radio.

„Wir sehen einen kolossalen beruflichen Niedergang von Menschen, die von den westlichen Mächten auf solche Posten berufen werden, ein mangelndes Verständnis selbst der Themen, die auf der Tagesordnung des UN-Sicherheitsrates diskutiert werden, ein mangelndes Verständnis dessen, was der UN-Sicherheitsrat im Prinzip tut, und dies führt zu einer Abwertung der Rolle der UN-Institutionen“, erklärte sie.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/02/1776096240_0:239:3072:1967_1280x0_80_0_0_463bfaefd2b4b88f2cf03379d1c39597.jpg

8:20 de.rt.com: **Tweet gelöscht – Russisches Außenministerium protestiert**

Twitter hat einen Tweet des russischen Außenministeriums gelöscht.

"Am 5. April hat das US-Unternehmen, das soziale Netzwerk Twitter, zu einem offenen Akt

der Zensur ge-griffen, indem es eine Nachricht auf dem offiziellen Account des russischen Außenministeriums auf Englisch hinter einer Warnung verbarg, dass sie die Regeln der Plattform verletze", so das russische Außenministerium auf Telegram.

"Die Nachricht befasste sich mit den Hauptpunkten der Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums zur Provokation in der ukrainischen Stadt Bucha und enthielt einen Link zum vollständigen Text. Das Material wurde als "beleidigend" gekennzeichnet (vermutlich, weil es gegen "missbräuchliches Verhalten" verstieß ... anscheinend mit Fakten) und die Möglichkeit von Twitter-Nutzern, es zu teilen, wurde massiv eingeschränkt." Dies sei die erste Beschränkung dieser Art seit der Einrichtung des offiziellen Accounts im Jahr 2011.

"Wir betrachten diesen Schritt als klare Bestätigung, dass Twitter wie andere US-Technikunternehmen direkte Teilnehmer an einem nie dagewesenen Akt der Informationsaggression sind", so das Ministerium weiter. Das Ziel sei es, ein verzerrtes Bild der Ereignisse in der Ukraine zu schaffen und von den schrecklichen Verbrechen abzulenken, die das Kiewer Regime begehe.

Vor der Einschränkung sei die Nachricht von mehr als zwei Millionen Nutzern gesehen worden, die meisten davon außerhalb Russlands.

"Wir fordern, dass Twitter den Zugang zu dieser Nachricht sofort wiederherstellt. Es darf zukünftig keinen Platz mehr für Einseitigkeit bei der Moderation des Inhalts durch diese Firma geben. Andernfalls könnte sie sich den Ruf eines Komplizen bei den Gräueltaten des Kiewer Regimes erwerben."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624cac1ab480cc1c0e0ca911.jpg>

9:47 (8:47) ria.ru: **Die Armut ist deutlich zurückgegangen – Arbeitsministerium**

Die Armutsquote in Russland sei bis Ende 2021 deutlich zurückgegangen, aber derzeit sei die wirtschaftliche Situation nicht einfach, es sei wichtig, Familien mit kritisch niedrigem Einkommen zu unterstützen, sagte Olga Batalina, stellvertretende Ministerin für Arbeit und Sozialschutz.

„Nach den Ergebnissen von 2021 ist unser Armutsniveau ziemlich deutlich gesunken, es lag bei 11%, aber uns ist klar, dass die Situation in der Wirtschaft jetzt nicht einfach ist, Sie haben bereits zu Recht sowohl einen ziemlich signifikanten Anstieg der Preise als auch Probleme festgestellt die sich aus der Beschäftigung ergeben können, daher ist es jetzt sehr wichtig, Familien mit diesen kritisch niedrigen Einkommen zu unterstützen“, sagte sie während der Sendung auf der Website des ONF.

Sie erklärte, dass wir bei der Berechnung der Armen Familien mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen unter einem Existenzminimum meinen. Batalina stellte klar, dass unter den Bürgern mit einem solchen Einkommen der Anteil der Bürger mit Kindern sehr hoch sei, weshalb vorrangig diejenigen Hilfe erhielten, die sich in einer so schwierigen Lebenssituation

befinden.



https://cdn21.img.ria.ru/images/152919/29/1529192919_0:210:4001:2460_1280x0_80_0_0_46d43e12b6812d83b64e7ad4b1252a08.jpg

9:00 de.rt.com: **USA kündigen 100 Millionen US-Dollar für die Ukraine an**

Washington wird der Ukraine zusätzliche Hilfe in Höhe von 100 Millionen US-Dollar (rund 91,3 Mio Euro) zukommen lassen, sagte US-Außenminister Anthony Blinken in der Nacht auf Mittwoch. Damit könne der dringende Bedarf Kiews an panzerbrechenden Waffen gedeckt werden. Blinken bekräftigte zugleich die weitere Unterstützung der USA für die Souveränität und territoriale Gesamtheit der Ukraine.

Wie es auf Webseite des Weißen Hauses heißt, soll der zugewiesene Betrag für die Ausbildung von Soldaten, den Erwerb neuer Ausrüstung und neuer Verteidigungssysteme sowie für die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine verwendet werden.

Seit Anfang vergangenen Jahres haben sich die US-Hilfen für Kiew auf 2,4 Milliarden US-Dollar summiert. Der US-Kongress hatte im März einen Haushalt beschlossen, in dem bis Ende September 13,6 Milliarden US-Dollar für humanitäre, wirtschaftliche und militärische Hilfe für die Ukraine vorgesehen sind.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624d2782b480cc73d40d9e9c.jpg>

10:14 (9:14) ria.ru: **Medwedew verglich westliche Sanktionen mit den Methoden der Inquisition**

Die derzeitigen westlichen Sanktionen gegen Russland ähnelten den Methoden der

Inquisition, erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates der Russischen Föderation Dmitri Medwedew.

"Heute sehen wir mit eigenen Augen, was Europa fast das gesamte vergangene Jahrtausend beobachtet hat und wofür die römisch-katholische Kirche Ende des 20. Jahrhunderts Buße getan hat. Wir sprechen über die Inquisition", schrieb er in seinem Telegram-Kanal.

„Die aktuellen Sanktionen der westlichen Welt gegen den russischen Staat, die Wirtschaft und den Handel erinnern sehr an die Methoden der Inquisitio Haereticae Pravitatis Sanctum Officium. Sie selbst haben die Anklage erhoben, selbst gefoltert, das Urteil selbst gesprochen, den Ketzer selbst verbrannt,“, sagte Medwedew.

Er fügte hinzu, dass in solchen Fällen "Fragen der Spiritualität das Letzte sind, was die mit großer Macht ausgestatteten 'Gerechten' interessiert".

„Sie zerstörten das Anstößige, inszenierten regelrechten Raubüberfall, eigneten sich Gold, Immobilien und anderes Eigentum an. Zuerst – weltliche Güter, und erst dann – der Kampf für eine heilige Sache“, sagte er.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/02/16/1774380252_0:0:2907:1635_1280x0_80_0_0_c81af9cd64da9ab35ba02c9c3e02c05c.jpg

9:40 de.rt.com: **Prozessorhersteller Intel stellt Betrieb in Russland ein**

Intel, einer der weltweit größten Hersteller von Computerkomponenten und elektronischen Geräten, stellt seine Tätigkeit in Russland ein. "Wir haben ab sofort alle Geschäftsaktivitäten in Russland eingestellt", heißt es auf der Webseite des Unternehmens auf Russisch. Auf Englisch ist zu lesen, man arbeite daran, alle 1.200 Mitarbeiter in Russland in dieser schwierigen Situation zu unterstützen.

Bereits Anfang März hatte der Chiphersteller im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg und den darauffolgenden US-Sanktionen Lieferungen an Kunden in Russland und Weißrussland gestoppt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624d202548fbef4af41c3d47.jpg>

10:55 (9:55) ria.ru: Die russische Botschaft in Bukarest erhielt Bombendrohungen
Die russische Botschaft in Bukarest habe Nachrichten mit Bombendrohungen erhalten, sagte der russische Botschafter in Rumänien Waleri Kusmin.

Nach Angaben des Diplomaten entwickle sich in Rumänien allmählich eine "sehr angespannte" Atmosphäre.

„Die Botschaft hat wiederholt direkte Drohungen per E-Mail erhalten – mit Sprengstoff, Gift und dergleichen“, sagte der Botschafter dem Fernsehsender „Rossija 24“.

Ein Auto krachte am Mittwochmorgen in den Zaun der russischen Botschaft in Bukarest, nach der Kollision geriet das Auto in Brand, der Fahrer konnte nicht gerettet werden.

Strafverfolgungsbehörden räumen ein, dass die Handlungen des Fahrers vorsätzlich sein könnten.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/04/06/1782022548_0:163:3071:1890_1280x0_80_0_0_e0a5137078d20345b15925362d650474.jpg

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 6.4.22 um 10:30 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 197 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss waren die Gebiete von 11 Ortschaften der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden 40 Zivilisten, darunter ein Kind, verletzt. 18 Wohnhäuser und 3 zivile

Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 98 ukrainische Nationalisten, 9 Feuerpunkte, darunter 2 für 120mm-Mörser, 2 Panzer, einen Schützenpanzer und 4 Panzerfahrzeuge vernichtet. Ein Panzer, 2 Schützenpanzer und 3 Lastwagen wurden erbeutet.

35 Soldaten der 56. und 25. Brigade haben freiwillig die Waffen niedergelegt und sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

Ich wende mich an die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und rufe dazu auf, dem Beispiel ihrer Kameraden zu folgen und Blutvergießen zu vermeiden. Wenn Sie freiwillig die Waffen niederlegen, retten Sie Ihr Leben.

11:29 (10:29) ria.ru: **Der Kreml nannte den Abzug der Streitkräfte aus der Region Kiew eine Geste des guten Willens**

Russland ziehe seine Truppen aus der Region Kiew ab, um die Verhandlungssituation zu verbessern, sagte der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, in einem Interview mit dem französischen Fernsehsender LCI.

"Um günstige Bedingungen für Verhandlungen zu schaffen, wollten wir eine Geste des guten Willens machen. Wir können während der Verhandlungen ernsthafte Entscheidungen treffen, deshalb befahl Präsident Putin unseren Truppen, die Region (Gebiet Kiew. - Red.) zu verlassen", so der Kreml Sprecher erklärt.

Er betonte, Moskau wolle die Militäroperation durch Verhandlungen beenden und sei daran interessiert, dass der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij den gestellten Bedingungen zustimme.

Peskow gab die Antworten auf Englisch, das Interview wurde in französischer Übersetzung ausgestrahlt.

Wie der stellvertretende Verteidigungsminister Alexander Fomin am 29. März nach den Gesprächen in Istanbul sagte, beschloss die russische Seite, „zeitweise drastisch die militärischen Aktivitäten in Richtung Kiew und Tschernigow zu reduzieren“. Wie Wladimir Medinski, Berater des Präsidenten und Leiter der russischen Delegation bei den Gesprächen mit der Ukraine, später klarstellte, „ist eine schrittweise militärische Deeskalation <...> kein Waffenstillstand, aber es ist unser Wunsch, schrittweise zu einer Deeskalation des Konflikts zu kommen, zumindest in diesen Gebieten.“ ...



https://cdn21.img.ria.ru/images/149134/99/1491349910_0:303:3081:2036_1280x0_80_0_0_43c5b37163e49be121f90679867d7c10.jpg

10:30 de.rt.com: **Wegen "beleidigender Äußerungen": Ungarn bestellt ukrainische Botschafterin ein**

Die ukrainische Botschafterin Ljubow Nepop sei in das ungarische Außenministerium einbestellt worden, berichtete Reuters unter Berufung auf den ungarischen Außenminister Péter Szijjártó.

Grund dafür seien ihre "beleidigenden Äußerungen" über Ungarns Standpunkt zum Krieg in der Ukraine.

In der Erklärung Szijjártós auf Facebook heißt es, es sei an der Zeit, dass Kiew "mit der Beleidigung Ungarns aufhört und den Willen des ungarischen Volkes anerkennt". Er stellte fest, dass Ungarn sich für die Souveränität der Ukraine einsetze und Flüchtlingen helfe, aber weiterhin die Interessen seines Volkes in den Vordergrund stelle.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624d3f3c48fbef339e535032.jpg>

11:43 (10:43) ria.ru: **Das russische Außenministerium nannte Drohungen mit einer Blockade Kaliningrads ein Spiel mit dem Feuer**

Der stellvertretende Außenminister Russlands, Alexander Gruschko, sagte Reportern, dass die möglichen Abenteuer der europäischen Länder, die auf die Blockade von Kaliningrad abzielen, ein Spiel mit dem Feuer seien.

"Ich hoffe wirklich, dass der gesunde Menschenverstand in Europa es immer noch nicht zulässt, irgendwelche Spiele rund um Kaliningrad zu betreiben. Ich denke, viele Menschen verstehen, dass dies ein Spiel mit dem Feuer wäre", antwortete Gruschko auf die Frage nach der Möglichkeit, eine Blockade der Region durch die Länder zu organisieren, die es umgeben, darunter Polen und die baltischen Staaten.



https://cdn21.img.ria.ru/images/152539/50/1525395037_0:128:2450:1506_1280x0_80_0_0_b55f64bf9414b9c12be27841f1194926.jpg

11:51 (10:51) ria.ru: **Mit der Nato gibt es derzeit nichts zu besprechen – Gruschko**

Russland führe keinen Dialog mit der NATO, es gebe derzeit nichts mit dem Bündnis zu besprechen, sagte der stellvertretende russische Außenminister Alexander Gruschko gegenüber Reportern.

„Es gibt keine Kontakte zur NATO, es gibt nichts, worüber man mit der NATO sprechen könnte“, betonte er.

Gleichzeitig würden die Kontakte zur EU „per Telefon auf höchster Ebene“ gepflegt.

„Kontakte mit der EU werden auf der Ebene der diplomatischen Vertretungen gepflegt“, fügte er hinzu.

Gruschko präzisierte, dass EU-Vertreter keine Besuche in Russland planten: "Es gibt keine Pläne oder Wünsche ihrerseits."



https://cdn21.img.ria.ru/images/152075/35/1520753576_0:0:2863:1610_1280x0_80_0_0_a171dcf7fcc7baf580d1121b9af2896f.jpg

11:53 (10:53) ria.ru: **Sjuganow drängte darauf, die Aufgaben der Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine zu erfüllen**

Russland müsse die Aufgaben der Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine erfüllen, sonst müssten sich alle "warm anziehen", sagte der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der RF, Gennadi Sjuganow.

„(der Präsident der Russischen Föderation Wladimir) Putin kündigte eine Strategie an, für die alle in der Duma, im Föderationsrat und im Sicherheitsrat einstimmig gestimmt haben – Entmilitarisierung und der Kampf gegen Nazismus und Banderas. Wenn wir diese Probleme

nicht lösen, müssen alle, die hier sitzen ... müssen sich warm anziehen", wandte sich der Politiker an die Abgeordneten des Jugendparlaments.

„Wir müssen alle zusammenarbeiten“, um die Aufgaben des Sondereinsatzes zu lösen, fügte der Abgeordnete hinzu, „und dann bauen wir alles andere gemeinsam auf.“

Russland hat am 24. Februar eine Militäroperation in der Ukraine gestartet. Präsident Wladimir Putin nannte als Ziel „den Schutz von Menschen, die seit acht Jahren Mobbing und Völkermord durch das Kiewer Regime ausgesetzt sind“.

Ihm zufolge sei dafür eine „Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine“ geplant, um alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen, die für „blutige Verbrechen gegen Zivilisten“ im Donbass verantwortlich sind.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums gehen die Streitkräfte nur gegen die militärische Infrastruktur und die ukrainischen Truppen vor und haben am 25. März die Hauptaufgaben der ersten Phase abgeschlossen – sie haben das Kampfpotential der Ukraine erheblich reduziert. Das Hauptziel des russischen Militärs sei die Befreiung des Donbass.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/0a/17/1755960302_0:63:2952:1724_1280x0_80_0_0_c62ab705a7b616645ede25cba28151be.jpg

10:55 de.rt.com: **DDR-Haubitzen für Ukraine: Estland liefert weitere Waffen**

Estland hat weitere Waffen an die Ukraine geliefert. Einem Bericht des Osteuropa-Portals Nexta zufolge sollen der ukrainischen Armee mehrere Haubitzen vom Typ D-30 aus früherem DDR-Bestand, Munition für Handfeuerwaffen und Schutzkleidung übergeben worden sein. Die Lieferung war ursprünglich für Anfang Februar geplant. Die Bundesregierung hatte sich jedoch vor dem Krieg lange Zeit geweigert, dem baltischen EU-Land eine Erlaubnis für die Auslieferung der DDR-Haubitzen zu erteilen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624d498648fbef324c0d1647.jpg>

10:58 de.rt.com: **Moskau: Westen versucht, Friedensgespräche in der Ukraine zu stören**

Der Westen schürt gezielt "Hysterie" über die angeblichen Massenmorde in der ukrainischen Stadt Butscha, um die Friedensgespräche zwischen Moskau und Kiew zu stören. Dies verkündete der russische Außenminister Sergei Lawrow am Dienstag.

Die angeblichen Ereignisse in der Stadt Butscha, die der russische Außenminister Sergei Lawrow als "Provokation" bezeichnete, seien ausgerechnet zu dem Zeitpunkt ins Spiel gebracht worden, als bei den Friedensverhandlungen in Istanbul Fortschritte erzielt worden seien. Lawrow hob hervor:

"Wir neigen zu der Annahme, dass der Anlass in dem Wunsch liegt, einen Grund zu finden, die laufenden Verhandlungen zu stören. Und das genau in dem Moment, in dem, wie man sagt, das Licht, wenn auch nicht sehr hell, aber doch zu dämmern begann."

"Am 29. März hat die ukrainische Seite zum ersten Mal in der gesamten Zeit der Verhandlungen zwischen unseren Delegationen eine Vision schriftlich vorgelegt, wie der Vertrag in Bezug auf den Status der Ukraine und die Sicherheitsgarantien aussehen könnte." Laut dem russischen Außenminister habe Kiew im Laufe der Verhandlungen mit Russland "zum ersten Mal seine Bereitschaft zu Papier gebracht", sich als neutral, keinem Block zugehörig und nicht nuklear zu erklären. Darüber hinaus habe die Ukraine die Weigerung formuliert, Waffen ausländischer Staaten auf ihrem Territorium zu stationieren oder dort Übungen unter Beteiligung ausländischer Streitkräfte durchzuführen, ohne die Zustimmung aller Garantestaaten des künftigen Vertrages, einschließlich Russlands, einzuholen.

Die Sicherheitsgarantien des Abkommens, so Lawrow, hätten die Osterweiterung der NATO vollständig ausgeschlossen und die "unteilbare Sicherheit auf dem europäischen Kontinent" gewährleistet. Lawrow fügte hinzu:

"Noch einmal wollen wir diejenigen, die die Aktionen von Kiew anführen – und wir wissen, wer sie sind – auffordern, sich ihrer Verantwortung für die Sicherheit in Europa bewusst zu werden."

"Russland ist zu diesem Gespräch bereit, aber damit wir wirkliche Fortschritte erzielen und nicht nur den Anschein von Fortschritten, bestehen wir darauf, dass ein eindeutiges Signal an Kiew gesendet wird, sich nicht an Sabotageakten zu beteiligen, andernfalls riskieren wir, das Schicksal der Minsker Vereinbarungen zu wiederholen, und dem werden wir niemals zustimmen."

Nach dem Rückzug der russischen Truppen aus Butscha wurden in der Stadt nördlich von Kiew angeblich Hunderte ermordete Zivilisten entdeckt. Die Ukraine macht russische

Truppen, die das Gebiet bis vor kurzem besetzt hatten, für das Massaker verantwortlich. Moskau bestreitet die Vorwürfe jedoch vehement. Während westliche Politiker sich in dieser Angelegenheit auf die Seite der Ukraine stellten, forderte China eine Untersuchung. Die Ukraine signalisierte, dass sie weiterhin an einer diplomatischen Beilegung der Streitigkeiten mit Russland interessiert sei. Laut dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij ist ein Friedensabkommen zwischen Kiew und Moskau möglich. Er erklärte am Montag:

"Ja, denn die Ukraine muss Frieden finden. Wir befinden uns im Europa des 21. Jahrhunderts. Wir werden unsere diplomatischen und militärischen Bemühungen fortsetzen."

Zuvor hatte am 29. März in Istanbul eine weitere Verhandlungsrunde zwischen Moskau und Kiew stattgefunden. Davor hatten Vertreter beider Seiten Verhandlungen in Weißrussland abgehalten. Die Gespräche begannen am 28. Februar in der Region Gomel und wurden am 3. und 7. März fortgesetzt. Danach wurden die Gespräche in Videokonferenzen fortgesetzt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624d39cb48fbef30eb4bd879.jpg>

11:30 de.rt.com: **Griechenland weist zwölf russische Diplomaten aus**

Das griechische Außenministerium hat zwölf Diplomaten aus Russland zu "Personae non gratae" erklärt. Der russische Botschafter in Griechenland sei über diese Entscheidung informiert worden, heißt es in einer Erklärung auf der Webseite der Behörde.

In den vergangenen Tagen hatten mehrere EU-Länder zahlreiche russische Diplomaten ausgewiesen. Unter anderem hatte die Bundesregierung 40 Diplomaten zu in Deutschland "unerwünschten Personen" erklärt. Moskau kündigte an, auf diese "unfreundlichen Schritte" angemessen zu reagieren.

Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 05.04.2022

Bei den Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

50 Mann;

1 Panzer;

5 Schützenpanzerwagen;

2 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 86 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ und Artillerie des Kalibers 122mm auf das Territorium der Republik **abgefeuert**, unter Beschuss gerieten **2 Ortschaften**.

Folgende Folgen von Beschuss wurden erfasst:

- In Donezkij wurde **eine örtliche Einwohnerin verletzt**, es wurden 11 Wohnhäuser und ein Umspannwerk beschädigt.

- In Perwomajsk wurden 4 Wohnhäuser und eine Gasleitung beschädigt.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner den Beschuss auf Donezkij unter Einsatz von Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ fortgesetzt.

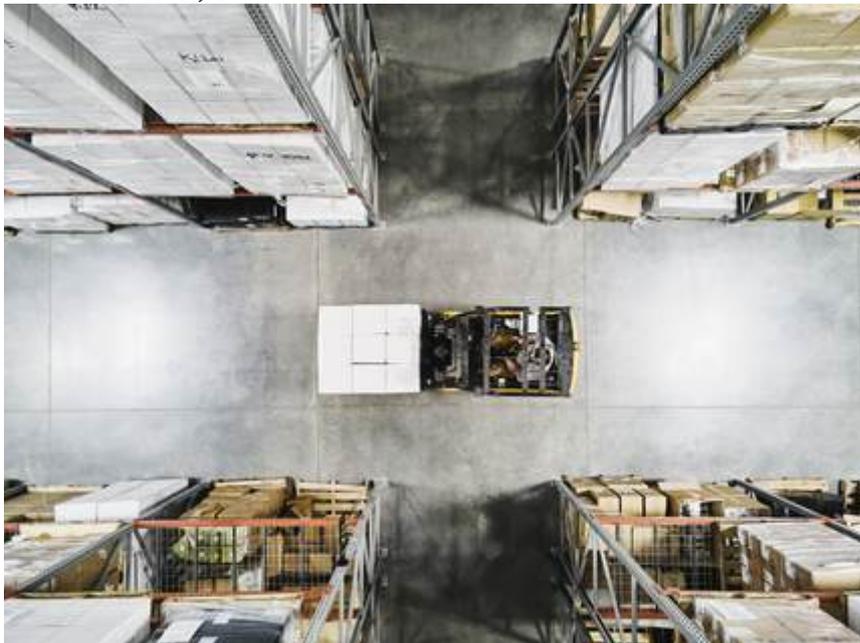
Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit Freiwilligenorganisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien und an Flüchtlinge fort.

11:45 de.rt.com: **Statistisches Bundesamt: Industrieaufträge seit Beginn des Ukraine-Krieges unerwartet stark gesunken**

Der Krieg in der Ukraine hat die deutsche Wirtschaft massiv getroffen. Im Monat des Kriegsausbruchs verzeichnete die deutsche Industrie nach Angaben des Statistischen Bundesamts einen überraschend starken Auftragsrückgang. Dies sei vor allem auf die geringere Auslandsnachfrage zurückzuführen. Wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch mitteilte, registrierten die befragten Unternehmen im Februar rund 2,2 Prozent weniger Bestellungen als im Vormonat. Von Reuters befragte Experten hatten lediglich mit einem Minus von 0,2 Prozent gerechnet.

"Der Rückgang der Auftragseingänge im Februar ist in erster Linie vor dem Hintergrund der deutlichen Anstiege der Vormonate zu sehen", schrieb das Bundeswirtschaftsministerium in seinem Bericht. "Ein Effekt des Kriegs in der Ukraine ist in den Daten noch kaum enthalten." Laut Bundeswirtschaftsministerium führt der Krieg allerdings zu hohen Unsicherheiten bezüglich der weiteren Entwicklung der Nachfrage. Der Ausblick für die nächsten Monate falle daher gedämpft aus.

Für die Industrieproduktion käme es in den kommenden Monaten jedoch weniger auf die Nachfrage, sondern vielmehr auf die Verfügbarkeit von Vorprodukten an, sagte der Chefvolkswirt der Commerzbank Jörg Krämer am Mittwoch dem Handelsblatt. "Und die hat sich wegen des Ukraine-Kriegs und der rigiden Lockdown-Politik in China wieder verschlechtert", erklärte er weiter.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624d527a48fbef324c0d1652.jpg>

11:51 de.rt.com: **Selenskij: Ukraine wird nach Kriegsende ein "großes Israel" sein**

Der ukrainische Präsident sagte am Dienstag, sein Land werde nicht wie die Schweiz ,

sondern werde ein "großes Israel" sein. Die israelische Zeitung "Haaretz" fragte sich, warum die Palästinenser im Ukraine-Krieg auf der Seite Russlands sind.

Die Ukraine plane, sich nach Kriegsende in Fragen der nationalen Sicherheit nach Israel und nicht nach der Schweiz zu richten, sagte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij am Dienstag.

Selenskij lehnte das Konzept der Neutralität für die Ukraine ab und erklärte:

"Unser ganzes Volk wird unsere große Armee sein. Wir können nicht von der Schweiz der Zukunft reden."

"Aber wir werden definitiv ein großes Israel mit eigenem Gesicht sein", fügte er hinzu.

"Wir werden uns nicht wundern, dass wir in allen Institutionen, Supermärkten, Kinos Vertreter der Streitkräfte oder der Nationalgarde haben werden, es wird Leute mit Waffen geben. Ich bin sicher, dass unser Sicherheitsthema in den nächsten zehn Jahren die Nummer eins sein wird."

Israelis und Palästinenser haben unterschiedliche Einstellungen zu dem russischen Einmarsch in die Ukraine. Nach einer neuen Peace Index-Umfrage von Anfang März steht fast die Hälfte der Palästinenser an Russlands Seite, während eine robuste Mehrheit der Israelis Russlands Argumente für die Militäroperation in der Ukraine ablehnt. Die Umfrage, die von Nimrod Rosler und Alon Yakter von der Universität Tel Aviv durchgeführt wurde, fragte, ob Russland berechtigt sei, Gewalt anzuwenden, um seine Interessen durchzusetzen und das russische Volk außerhalb seiner souveränen Grenzen zu schützen.

Die israelische Zeitung Haaretz schreibt mit Hinblick auf diese Umfrage, es wäre "logisch", wenn die Palästinenser, die unter Besatzung leben, sich mit der Ukraine als Opfer identifizieren würden, und nicht mit Russland. Eine neue Umfrage von Khalil Shikaki und Walid Ladadweh vom Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR) zeigt aber deutlich, dass die Mehrheit der Palästinenser sich über die Doppelstandards des Westens gegenüber der Ukraine und Palästina beklagen. Die Palästinenser sehen kritisch, dass die USA und die EU so rasch wirtschaftliche, finanzielle und sportbezogene Sanktionen gegen Russland aufgrund des Einmarsches in der Ukraine verhängten. Israel werde demgegenüber vom Westen anders behandelt, und es würden keine Sanktionen gegen das Land aufgrund seiner Besatzungspolitik verhängt.

Selenskij versuchte in seiner Rede an ein israelisches Publikum bekanntermaßen die Herzen zu berühren: Er zitierte Golda Meir, bezog sich auf den Holocaust und nutzte Israels eigene Erfahrungen mit "Bedrohung, Terrorismus und Opferrolle", um den Zuhörern Solidarität einzuimpfen. Laut Haaretz klagten diese Themen letztendlich, wenn auch implizit, die Palästinenser an, und entfremdeten sie dadurch. Denn mit einer solchen Rede habe Selenskij Israels Narrativ bestärkt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624d51d7b480cc17ac359de8.jpg>

nachmittags:

13:00 (12:00) rusvesna.su: **Ukrainische Kämpfer eröffneten das Feuer am Grenzübergang in der Region Kursk**

Der Gouverneur der Region, Roman Starowojt, berichtete über den Vorfall, der sich gestern Nachmittag ereignete, in seinem Telegram-Kanal.

Ihm zufolge gibt es keine Opfer oder Zerstörungen infolge der ukrainischen Provokation, eine Gruppe ukrainischer Militanter sei identifiziert und durch Gegenfeuer vernichtet worden.

„Am 5. April wurde im Bezirk Sudshanskij versucht, von der Ukraine aus einen Mörserangriff auf den Grenzübergang zu starten. Glücklicherweise erreichten die Granaten das Territorium der Russischen Föderation nicht.

Die Feuerstellungen wurden durch das Gegenfeuer der russischen Grenzschutzbeamten unterdrückt. Es gibt keine Verluste oder Zerstörungen unsererseits“, sagte Starowojt.

Der Gouverneur betonte, dass die regionalen Behörden rund um die Uhr mit der FSB-Grenzkontrolle in der Region Kursk und dem Verteidigungsministerium der Russischen Föderation in Kontakt stünden und alle Aktionen koordinierten.

„Unsere Armee und unsere Spezialdienste sind in der Lage, jeder Bedrohung entgegenzuwirken. Ich vertraue ihnen voll und ganz und bitte die Bewohner, Ruhe zu bewahren“, erklärte der Gouverneur der Region.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/minometnyy_obstrel_vsu.jpg

12:12 de.rt.com: **Russland: Wladimir Schirinowski im Alter von 75 Jahren gestorben**

Wladimir Schirinowski, der langjährige Vorsitzende der Partei LDPR, ist nach langer Krankheit im Alter von 75 Jahren gestorben. Dies bestätigte der Sprecher der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin.

Der langjährige Vorsitzende der Liberal-Demokratischen Partei Russlands (LDPR) ist im Alter von 75 Jahren gestorben. Der Sprecher der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, teilte dies am Mittwoch mit. Auf Telegram schrieb er:

„Seine Persönlichkeit ist so umfassend, dass man sich die Geschichte der Entwicklung des politischen Systems des modernen Russlands ohne ihn schwer vorstellen kann.“

Auch der Pressedienst seiner Partei bestätigte Schirinowskis Tod. Er habe sich in die Geschichte Russlands und der ganzen Welt eingeschrieben, hieß es vonseiten der LDPR. Ob der Politiker am Mittwoch oder bereits früher starb, ist unklar.

Schon Ende März hatten mehrere russische Medien über den Tod Schirinowskis berichtet. Seine Partei und auch Wolodin dementierten damals jedoch die Gerüchte.

Der Politiker war Anfang Februar mit dem Coronavirus in ein Moskauer Krankenhaus eingeliefert worden und kämpfte seitdem mit den Folgen der Krankheit. Die LDPR dementierte alle Berichte über einen kritischen Zustand Schirinowskis und gab am 21. Februar bekannt, dass er auf dem Weg der Besserung sei.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624d6c1648fbef342d357cb6.jpg>

lug-info.com: Spezialisten aus der LVR kontrollieren den Zustand der Luft nach der Sprengung von Chemikalen in Rubeshnoje durch Kiewer Truppen, erklärte das Oberhaupt der Republik Leonid Paseschnik.

„Das ist sehr gefährlich. Unsere Spezialisten befassen sich damit, wir verwenden Gasanalysegeräte. Wir untersuchen die Luft. Sobald irgendwelche zulässigen Normen überschritten werden, werden wir Maßnahmen ergreifen, um unsere Leute zu retten“, sagte er.

12:15 de.rt.com: **EU-Ratspräsident Michel: Werden auch Gas-Importstopp brauchen**

Nach dem Verbot russischer Kohle soll nach Meinung von EU-Ratspräsident Charles Michel nun auch ein Importstopp von Öl und Gas aus Russland in die Europäische Union verhängt werden. Dies sei letztlich die einzige Möglichkeit, den Krieg in der Ukraine zu beenden, sagte Michel am Mittwoch vor dem EU-Parlament:

"Ich denke, dass auch Maßnahmen bei Öl und selbst Gas früher oder später nötig werden."

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) hatte am Montag einen Importstopp für russisches Gas ausgeschlossen. "Wenn das den Krieg stoppen würde, dann würden wir das unverzüglich tun", sagte sie den ARD-Tagesthemen. Eine solche Maßnahme könne den Preis des Krieges für Russland zwar nach oben treiben. Jedoch würde sie nicht "dazu führen, dass morgen das Morden aufhört", so Baerbock. Sie verwies allerdings darauf, dass die EU als Ganzes daran arbeite, unabhängiger von russischem Gas zu werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624d5a6a48fbef30eb4bd8a7.jpg>

12:25 de.rt.com: **Kremlsprecher Peskow dementiert Berichte über angebliche Mordpläne Russlands gegen Selenskij**

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow hat Berichte dementiert, wonach die russischen Behörden angeblich den ukrainischen Staatschef Wladimir Selenskij töten wollten. In einem Interview mit dem französischen Fernsehsender LCI sagte er auf eine entsprechende Frage:

"Nein, das ist nicht wahr."

Der Kremlsprecher bestritt auch die vermeintlichen Pläne der russischen Regierung, Selenskij zu stürzen, und bekundete das Interesse Moskaus, eine Einigung bei den Bedingungen zu erzielen, die im Laufe russisch-ukrainischer Verhandlungen ausgearbeitet worden waren:

"Er ist der Präsident der Ukraine, und wir sind daran interessiert, dass er auf die Bedingungen der Russischen Föderation eingeht, über welche er von der russischen Delegation deutlich benachrichtigt wurde. Durch die Verhandlungen wollen wir der militärischen Operation ein Ende setzen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624d4ff7b480cc50fb3b0b05.jpg>

13:27 (12:27) ria.ru: **Wolodin forderte Finnland auf, beschlagnahmte Gemälde an**

Russland zurückzugeben

Finnland muss die an der Grenze festgehaltenen Gemälde, einschließlich der der Eremitage, an Russland zurückgeben und eine Strafe zahlen, sagte Staatsduma-Sprecher Wjatscheslaw Wolodin und wies auch die Duma-Ausschüsse für Kultur sowie für Sicherheit und Korruptionsbekämpfung an, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen.

Zuvor berichteten russische Medien, dass Lastwagen mit Kunstwerken, die von der Mailänder Ausstellung „Grand Tour. Traum von Italien von Venedig nach Pompeji“ zurückkehrten, in Finnland festgesetzt wurden. Der finnische Zoll bestätigte am 2.-4. April die Verspätung von drei Fahrzeugen mit Waren für Russland, die EU-Sanktionen unterlägen, ohne anzugeben, ob es sich um Gemälde handelte. Das Kulturministerium der Russischen Föderation bestätigte, dass die Exponate, die an der finnischen Grenze einer Zollkontrolle unterzogen wurden, Teil zweier Ausstellungen in Italien waren.

„Was die beschlagnahmten Gemälde betrifft, werden sie sie zurückgeben und eine Strafe zahlen. Und wir geben nicht nur dem Kulturausschuss Anweisungen, sondern auch dem Sicherheitsausschuss. Diejenigen, die dies in Finnland getan haben, erinnern sich wahrscheinlich nicht gut an ihre Geschichte“, sagte Wolodin, kommentierte der Abgeordnete der Staatsduma von der Kommunistischen Partei Sergej Obuchow das Thema der an der Grenze festgehaltenen Gemälde.

Der Abgeordnete betonte auch, dass die Kommunistische Partei der Russischen Föderation die erste sein sollte, die gegen alles protestiert, was an der russisch-finnischen Grenze passiert. "Das ist ein Witz. Lenin war dort, sie haben ihn unterstützt, ihm zu essen gegeben, sie haben Hütten gebaut. Also Kollegen? So. Und jetzt werden unsere Wertsachen beschlagnahmt, ist das gut? Kommunisten müssen darüber empört sein. Wem wurde die Staatlichkeit verliehen? Sie haben keine Verantwortung, kein historisches Gedächtnis", - fügte er hinzu.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/0c/16/1764851950_0:0:3509:1975_1280x0_80_0_0_5_d633969b2d7a7a413c357ec7a6d3099.jpg

12:51 de.rt.com: Peking: Ermittlungen zum Massaker von Butscha sollten ausschließlich auf Fakten basieren

Im Gegensatz zu den westlichen Staaten hält China in Bezug auf das Massaker in der ukrainischen Stadt Butscha an einer eher vorsichtigen Position fest. Peking ruft dazu auf, die Ermittlungen zu den Geschehnissen in Butscha ausschließlich auf Fakten zu basieren.

Zhao Lijian, der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, hat während einer Pressekonferenz am Mittwoch die Wichtigkeit einer ausführlichen Ermittlung zu dem Massaker an Zivilisten in der ukrainischen Stadt Butscha betont und unterstrichen, dass jegliche Anschuldigungen ausschließlich auf Fakten basieren sollten:

"China legt großen Wert auf die humanitäre Lage in der Ukraine und ist sehr besorgt über die

Opfer unter der Zivilbevölkerung."

Die Umstände der Geschehnisse sollten ermittelt werden, humanitäre Fragen seien aber nicht zu politisieren, erklärte der Sprecher. Alle Beteiligten sollten eine kühle Haltung bewahren und unbegründete Anschuldigungen vermeiden.

Zuvor hatte Zhang Jun, der ständige UN-Botschafter Chinas, ebenfalls dazu aufgerufen, die Ermittlungen auf Fakten zu basieren und keine unbegründeten Vorwürfe zu machen. In chinesischen Medien wurde die Idee geäußert, die Untersuchungen unter Leitung der UNO durchzuführen und nur in Bezug auf den Ukraine-Krieg neutrale Staaten mit den Ermittlungsarbeiten zu beauftragen – zum Beispiel China und Indien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624d62c148fbef324c0d1669.jpg>

13:05 de.rt.com: **Ukrainische Soldaten misshandeln Festgenommene vor laufender Kamera**

Im Internet kursieren Videoaufnahmen von uniformierten Männern, die sich als Mitglieder des SBU vorstellen, Festgenommenen gegen den Kopf treten und sich über die schwache Blase eines Mannes lustig machen. Allem Anschein nach kam es in der Stadt Dnepropetrowsk zu dem Vorfall.

In den ukrainischen sozialen Medien wurde am Dienstag Filmmaterial veröffentlicht, in dem zu sehen ist, wie uniformierte Männer Zivilisten verprügeln und schikanieren. Der Bürgermeister von Dnepropetrowsk, der viertgrößten Stadt des Landes, wo sich die Vorfälle ereignet haben sollen, rechtfertigte die Misshandlungen in den sozialen Medien. Er bezeichnete die Festgenommenen als "Bandenbosse" und behauptete, sie hätten zuvor Mitglieder der Landwehr der Region angegriffen. Des Weiteren gibt es Angaben von Nutzern sozialer Medien, dass die Misshandelten angeblich prorussische Ansichten geäußert haben sollen.

Die Aufnahmen setzen sich aus zwei separaten Videos zusammen, die zeigen, wie bewaffnete Personen in Tarnkleidung und mit Militärausrüstung Männer in Zivil auf brutale Weise festnehmen und misshandeln. Die Uniformierten tragen blaue Armbinden, mit denen viele ukrainische Soldaten ihre Seitenzugehörigkeit kennzeichnen.

In einem Clip ist zu sehen, wie die Soldaten einen Mann verprügeln, der mit gespreizten Beinen dasteht und sich niederbeugt, wobei auf dem Boden offenbar Blut zu sehen ist. Dann wenden sich die Täter einem anderen Mann zu, dessen Gesicht blutverschmiert ist und der den Druck seiner Blase offenbar nicht beherrschen konnte, worüber sich die Angreifer lustig machen.

Die Soldaten befragen die Festgenommenen, ob sie das Militär respektierten und ob sie Kriminelle seien. Man hört den stehenden Mann offensichtlich angsterfüllt "Ruhm der Ukraine" rufen und jegliches Fehlverhalten bestreiten.

Das zweite Video zeigt, wie mehrere uniformierte Männer mindestens vier am Boden

liegende Männer brutal zusammenschlagen, während sie ihnen Handschellen anlegen. Man kann sehen, wie die Soldaten einigen Gefangenen gegen den Kopf treten. Zwei Personen treten die Peiniger auch von oben auf den Kopf, den Kopf einer dritten Person drückt ein Soldat mit seinem Stiefel gegen den Asphalt. Man hört einen der Soldaten die Zugehörigkeit zum SBU erklären. Tatsächlich müssen die Uniformierten einer Spezialeinheit angehören, weil die Nutzung von Schalldämpfern an Sturmgewehren bei der Armee weltweit kaum verbreitet ist. Genau diese Kombination ist jedoch im Videomaterial zu sehen. Einer der Festgenommenen trägt eine blaue Jacke, die der eines der Männer im ersten Video ähnelt. Boris Filatow, der Bürgermeister von Dnepr, bestätigte in den sozialen Medien, dass es sich bei dem Filmmaterial, das die Festnahme zeigt, um Originalaufnahmen handelt. Außerdem erklärte er, die Uniformierten seien Eingreiftruppen des SBU, des Geheimdienstes der Ukraine, bei Festnahmen in Pawlograd. "Die Schläger haben sich buchstäblich in die Hose gepisst, als die Jungs mit ihnen hart ins Gericht gingen", bemerkte Filatow. Die Verhaftung sei eine Warnung an "alle Plünderer, Kriminellen und Degenerierten" und ihre Strafe sei unausweichlich. Diejenigen, die die Brutalität anprangerten, sollten sich in die Reihen des Militärs begeben, anstatt "ehrliche Truppen" einer kriminellen Handlung zu beschuldigen. Filatow ist bekannt für seine weit überzogene Rhetorik. Am Sonntag sagte er, die Ukrainer hätten "die volle Moral zum Kampf, um ruhig und ohne Nachdenken [Russen] überall auf der Welt auf unbegrenzte Zeit in maximaler Zahl zu töten". Der Aufruf zur Gewalt erfolgte als Reaktion auf die Behauptungen Kiews, russische Truppen hätten in der Ukraine Kriegsverbrechen begangen. Moskau weist die Vorwürfe wiederholt zurück.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624d668db480cc511843630c.png>

13:20 de.rt.com: **US-Admiral warnt vor chinesischem Durchbruch bei Atomwaffen**

Ein US-Admiral soll Medienberichten zufolge verkündet haben, dass China kurz vor einem Durchbruch im Bereich der Atomwaffen stehe. Er soll auf angebliche Tests von Hyperschall-Flugkörpern und die Existenz sogenannter "nuklearer Raketenfelder" hingewiesen haben. China stehe kurz vor einem Durchbruch bei seinen nuklearen Waffenfähigkeiten, der zu einer erheblichen Verschiebung des globalen Sicherheitsgleichgewichts führen werde. Das behauptete laut Bloomberg US-Admiral Charles Richard, der Leiter des Strategischen Kommandos der USA, in einer Stellungnahme, die er für eine Anhörung auf dem Capitol Hill vorbereitet hatte.

Am Dienstag sprach der Beamte in einer nicht öffentlichen Anhörung vor dem Unterausschuss für Verteidigungsmittel des Repräsentantenhauses. Die "atemberaubende Ausweitung" des strategischen Nukleararsenals Chinas bedeute eine schnell eskalierende

Gefahr für Washington, so Richard.

Der Admiral bezieht sich dabei insbesondere auf einen angeblichen Test eines Hyperschall-Gleiters, den Peking im Juli 2021 mit einer interkontinentalen ballistischen Rakete durchgeführt haben soll. Bei diesem Test flog das Hyperschallfahrzeug dem Bericht zufolge mehr als 100 Minuten lang rund 40.000 Kilometer weit. Dies sei "die größte Entfernung und die längste Flugzeit eines Landangriffswaffensystems einer Nation" gewesen.

Dieser technologische Fortschritt Chinas hätte "ernsthafte Auswirkungen auf die strategische Stabilität", warnte Richard und fügte hinzu, dass die militärischen Fähigkeiten und Strategien der USA auf der "Annahme beruhen, dass die strategische Abschreckung, insbesondere die nukleare Abschreckung, Bestand hat".

Falls die strategische oder nukleare Abschreckung versage, würden weder die integrierte Abschreckung noch andere Mittel des US-Verteidigungsministeriums wie geplant funktionieren, erklärte Richard. Das Strategische Kommando der USA gehe davon aus, dass man es mit zwei potenziellen Gegnern zu tun haben könnte, die über umfangreiche und modernisierte Atomwaffenarsenale verfügen: China und Russland.

Diese beiden Nationen seien nun in der Lage, "einen Konflikt einseitig auf jedes Gewaltniveau zu eskalieren, in jedem Bereich, weltweit und zu jeder Zeit", so der Admiral in seiner Stellungnahme.

Richard warnt bereits seit geraumer Zeit vor dem sich angeblich rasch verändernden strategischen Gleichgewicht. Bereits während eines Besuchs in Europa im Oktober 2021 erklärte er, dass die kombinierten nuklearen Fähigkeiten Chinas und Russlands die USA in "unbekannte Gewässer" schicken würden. Damals warnte er auch, dass Peking inzwischen gut in der Lage sei, "jede mögliche nukleare Einsatzstrategie" umzusetzen.

US-Medien berichten seit mindestens Mitte 2021, dass Peking angeblich mehr als 100 Raketensilos in einer Wüste im Westen Chinas baue. Jetzt sprach Richard von "nuklearen Raketefeldern" mit jeweils etwa 120 Silos, die Peking eine robuste "Fähigkeit verleihen würden, das US-amerikanische Festland zu erreichen.

Außerdem beschuldigte der US-Admiral Moskau und Peking, "Zwangsstrategien" zu entwickeln, auf deren Abwehr sich die USA vorbereiten sollten. Er behauptete insbesondere, dass Russland im Rahmen seiner angeblichen Strategie "Eskalieren, um zu deeskalisieren" einen kleinen taktischen Nuklearschlag gegen ein nicht-nukleares NATO-Mitglied führen könnte, um den Militärblock in einem potenziellen Konflikt zum Einlenken zu bewegen. Der US-Offizier erklärte auch, dass Moskau sein Programm für strategische nuklearfähige Bomber vom Typ Tu-160 wieder aufgenommen habe, was er als "eine seit dem Kalten Krieg nicht mehr dagewesene Leistung" bezeichnete.

Nachdem die USA das Reich der Mitte als ihren "konsequentesten strategischen Konkurrenten" bezeichnet hatten, warf Peking der US-Regierung vergangene Woche vor, sie versuche, China und Russland "einzudämmen und zu unterdrücken". Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Wang Wenbin riet Washington einst davon ab, "imaginäre Feinde zu schaffen, die legitimen Sicherheitsbedenken anderer Länder zu ignorieren und eine Blockkonfrontation zu schüren". Jegliche Eindämmungsversuche würden keinen Erfolg haben, so Wang.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624d5196b480cc50ad5c481f.jpg>

13:45 de.rt.com: **Staatsduma verabschiedet Gesetz über Geldstrafen für Gleichstellung von UdSSR und Nazideutschland**

Die russische Staatsduma hat in dritter Lesung ein Gesetz verabschiedet, das Geldstrafen für die öffentliche Gleichstellung der Rolle der Sowjetunion und der des Dritten Reiches im Zweiten Weltkrieg vorsieht. Es verbietet außerdem, die entscheidende Rolle des sowjetischen Volkes bei der Niederlage Nazideutschlands und die humanitäre Mission der UdSSR bei der Befreiung der europäischen Länder zu leugnen.

Dem Wortlaut des Gesetzes zufolge werden Verstöße gegen die Regelung mit Geldbußen in Höhe von bis zu 2.000 Rubel (rund 22 Euro) für Privatpersonen und bis zu 4.000 (etwa 44 Euro) für Beamte bzw. einem Verwaltungsarrest von bis zu 15 Tagen geahndet. Für juristische Personen sollen die Strafen bis zu 50.000 Rubel (545 Euro) erreichen.

14:59 (13:59) ria.ru: Die UN-Generalversammlung wird über den Ausschluss Russlands aus dem Menschenrechtsrat abstimmen

Die UN-Generalversammlung wird am Donnerstag über den Ausschluss der Russischen Föderation aus der Teilnahme am UN-Menschenrechtsrat (HRC) abstimmen, berichtet AFP unter Berufung auf einen Beamten.

„Die UN-Generalversammlung wird am Donnerstag über den Ausschluss Russlands aus der HRC abstimmen“, sagte er der Agentur in einer Erklärung.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Abstimmung für 10.00 Uhr Ortszeit angesetzt ist.

Zuvor sagte Thomas-Greenfield, dass eine Abstimmung in der UN-Generalversammlung über die Suspendierung der Befugnisse Russlands im UNHRC bereits am Donnerstag stattfinden könnte.

Wie der Pressesprecher des Präsidenten der Russischen Föderation, Dmitri Peskow, früher sagte, sei der Ausschluss Russlands aus dem UN-Menschenrechtsrat undenkbar, die Arbeit dieses Gremiums werde nicht mehr vollwertig sein.



https://cdn21.img.ria.ru/images/152935/07/1529350712_0:126:3399:2038_1280x0_80_0_0_8fdbfb3ed10f3290e314a272e5ab20a9.jpg

14:20 de.rt.com: **Vučić: Serbien wird freundschaftliche Beziehungen zu Russland fortsetzen**

Am Mittwoch hat ein Telefongespräch zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem serbischen Amtskollegen Aleksandar Vučić stattgefunden. Der russische Staatschef gratulierte Vučić dabei zu dessen Wiederwahl im Präsidentenamt. Daraufhin versicherte das serbische Staatsoberhaupt gegenüber Putin, dass sein Land auf dem Weg in die EU weiterhin freundschaftliche Beziehungen zu Russland unterhalten werde. In einer Presseerklärung teilte die serbische Präsidentschaft mit:

"Präsident Vučić bedankte sich für die Glückwünsche und erklärte, dass die Republik Serbien ihre Politik des europäischen Weges fortsetzen und dabei ihre aufrichtigen und traditionell freundschaftlichen Beziehungen zu Russland aufrechterhalten wird."

Laut der Mitteilung wurden bei dem Telefonat außerdem der Stand der Verhandlungen zwischen Kiew und Moskau zur Lösung des Ukraine-Konflikts sowie ein neuer Vertrag über russische Gaslieferungen nach Serbien erörtert.



<https://cdn1.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624d7e05b480cc50f674e057.jpg>

15:31 (14:31) **novorosinform.org: Tschetschenische Kämpfer haben die Streitkräfte der Ukraine aus einem großen Lebensmittellager in Mariupol vertrieben – Kadyrow**
Der gesamte Inhalt des Lebensmittellagers wurde an Zivilisten in Mariupol verteilt, sagte der

Chef der Tschetschenischen Republik, Ramsan Kadyrow.

Die Streitkräfte der Russischen Föderation und der DVR befreien Mariupol weiterhin von ukrainischen Nationalisten. Tschetschenischen Einheiten gelang es, den Feind aus einem großen Lebensmittellager zu vertreiben, schrieb Ramsan Kadyrow in seinem Telegram-Kanal. Nach Angaben des Chefs von Tschetschenien füllten die Radikalen ihre Nahrungs- und Wasservorräte aus diesem Vorrat auf. Gleichzeitig wurde Zivilisten der Zugang zum Lagerhaus verweigert.

"Eigentlich wurde den hungernden Bewohnern bestenfalls mit einer Schusswunde gedroht", schrieb Kadyrow.

Er fügte hinzu, dass nach der Befreiung dieses Territoriums von ukrainischen Nationalisten der Inhalt des Lebensmittellagers an die Einwohner von Mariupol verteilt wurde. Ramsan Kadyrow dankte den tschetschenischen Soldaten für ihre Selbstlosigkeit bei der Befreiung der Stadt.



https://novorosinform.org/content/images/25/04/42504_720x405.jpg

14:40 de.rt.com: **Berichte: Bundesregierung plant eigenes Sanktionsgesetz gegen Russland**

Die Bundesregierung plant offenbar ein eigenes Gesetz zur Durchsetzung der Sanktionen gegen Russland, wie die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf Insider berichtet. Demnach soll Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) am Mittwochmorgen im Finanzausschuss des Bundestages mehreren Teilnehmern zufolge angekündigt haben, dass die Prüfung eines solchen Gesetzes in Arbeit sei.

Das geplante Gesetz ginge auf zuvor erfolgte Einwände der für die Sanktionen eingerichtete Arbeitsgruppe zurück, wonach die Rechtsgrundlagen für solche Maßnahmen wohl angepasst beziehungsweise neu geschaffen werden müssten. Deutschland habe bislang nur wenig Erfahrung mit der Durchsetzung solcher Sanktionen, sagte einer der Sitzungsteilnehmer gegenüber Reuters. Mit dem Gesetz solle Rechtssicherheit geschaffen werden, sagte ein zweiter Insider.

Die Sanktionen werden zwar von der Europäischen Union verabschiedet, müssen jedoch von den einzelnen Mitgliedstaaten umgesetzt werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624d80b8b480cc51fc021cd1.jpg>
g

14:49 de.rt.com: **UN-Sicherheitsrat stellt sich hinter Jemen-Waffenstillstand – Huthis beklagen Verstöße durch Saudis**

Das höchste Gremium der Vereinten Nationen bekräftigte die Forderung nach einem Waffenstillstand im Jemen und nach weitergehenden politischen Maßnahmen zur Konfliktlösung. Der Waffenstillstand scheint aber noch auf wackeligen Beinen zu stehen, wie Berichte über Verstöße durch Saudi-Arabien zeigen.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am Montag eine Erklärung verabschiedet, in der er sich hinter der Forderung des UN-Sondergesandten für Jemen Hans Grundberg für einen zweimonatigen Waffenstillstand stellt, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtet. Zudem drückte das höchste Gremium der UNO seine Zufriedenheit darüber aus, dass sich die Konfliktparteien positiv zu dem Waffenstillstandsaufwurf äußerten.

Die Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrates wiesen darauf hin, dass durch einen Waffenstillstand die Möglichkeit bestehe, das menschliche Leid der Jemeniten zu lindern und die regionale Stabilität zu fördern, schrieb die derzeitige UN-Sicherheitsratspräsidentin Barbara Woodward (UK) in einer Mitteilung.

Es sei wichtig, dass die Konfliktparteien jetzt in Übereinstimmung mit der abgeschlossenen Waffenstillstandsvereinbarung weitere vertrauensbildende Maßnahmen ergreifen wie etwa die Öffnung der Straße nach Taizz und die Zulassung des Warenverkehrs.

Die Konfliktparteien müssten die Gelegenheit des Waffenstillstandes nutzen und mit dem UN-Sondergesandten zusammenarbeiten, um eine umfangreichere Beilegung des Konflikts und eine inklusive politische Lösung zu erreichen.

Der UN-Sicherheitsrat drückte seine volle Unterstützung für die Bemühungen des Sondergesandten aus, Gespräche zwischen den beteiligten Parteien zu vermitteln. Zudem verwiesen sie auf die Notwendigkeit eines von Jemeniten angeführten Friedensprozesses unter dem Schirm der UNO. An diesem Prozess sollten Frauen zu mindestens 30 Prozent beteiligt sein, so die Ratsmitglieder.

Zudem begrüßten sie die Initiative des Golfkooperationsrates für einen innerjemenitischen Dialog, die in der vergangenen Woche zur Unterstützung der Bemühungen der Vereinten Nationen eingeleitet wurde.

Der Sicherheitsrat brachte seine tiefe Besorgnis über die humanitäre Krise in Jemen zum Ausdruck und betonte die dringende Notwendigkeit, die humanitäre Hilfe zu finanzieren. Derweil erklärten die Huthi-Kämpfer, dass die von Saudi-Arabien angeführte Militärkoalition innerhalb eines Zeitraums von 24 Stunden bis Mittwoch 82-mal gegen den Waffenstillstand verstoßen habe, wie die iranische Nachrichtenagentur Mehr mit Verweis auf jemenitische

Quellen berichtete. Zudem verwies die Miliz darauf, dass die Errichtung von permanenten Militärstützpunkten in verschiedenen Gebieten und der Einsatz von Spionageflugzeugen durch Saudi-Arabien Verstöße gegen den Waffenstillstand darstellen würden.

Am Montag erklärte der Generaldirektor des Jemen-Exekutivzentrums für Minenräumung Brigadegeneral Ali Safra, dass die von Saudi-Arabien angeführte Militärkoalition seit dem Beginn ihrer Intervention in den jemenitischen Bürgerkrieg im Jahr 2015 mehr als drei Millionen Streubomben auf Jemen abgeworfen hätte. Fünfzehn unterschiedliche Typen von saudischen Streubomben seien in fünfzehn jemenitischen Provinzen und siebzig Landkreisen gefunden worden. Bis Ende März 2022 habe es 3.921 zivile Todesopfer aufgrund des Einsatzes von Streumunition gegeben, einschließlich 119 Kinder.

Saudi-Arabien hatte seine militärische Intervention in den jemenitischen Bürgerkrieg im März 2015 zusammen mit einer Reihe von Verbündeten und mit Waffen- und Logistikunterstützung durch die USA und mehrere westliche Staaten begonnen. Ziel war es, die von Riad unterstützte Regierung wieder an die Macht zu bringen und die Huthis zu zerschlagen, die in weiten Teilen Jemens die Kontrolle übernommen hatten.

Hunderttausende Jemeniten fielen dem Krieg und insbesondere der saudischen Intervention bereits zum Opfer. Weitere Hunderttausende sind vom Hungertod akut bedroht. Zuletzt konnten die Huthi-Rebellen eine Reihe von Siegen über ihre Kontrahenten vermelden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624d5b3eb480cc50ad5c4830.jpg>

15:51 (14:51) novorosinform.org: **Einwohner von Sofia protestierten gegen die Bereitstellung von Militärhilfe für Kiew**

Laut News Front könnte heute in Bulgarien eine Abstimmung zur Unterstützung eines Projekts zur Lieferung von Waffen an die Ukraine stattfinden.

In der Hauptstadt Bulgariens gingen mehr als tausend Menschen gegen Waffenlieferungen an die Ukraine auf die Straße. Die Demonstranten fordern auch die Beendigung des Abkommens mit den Vereinigten Staaten über die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich, berichtet TASS.

Initiator der Aktion war die Partei „Wiedergeburt“. Laut Parteichef Kostadin Kostadinow sollte Bulgarien ein Vermittler bei der Lösung der Situation werden, anstatt der Ukraine zu helfen.

Zuvor fand eine ähnliche Aktion in Madrid statt. Hunderte Menschen versammelten sich vor dem spanischen Außenministerium und forderten, die Finanzierung der ukrainischen Armee einzustellen.



https://novorosinform.org/content/images/25/06/42506_720x405.jpg

15:05 de.rt.com: Norwegen und Luxemburg weisen weitere russische Diplomaten aus
Den Ausweisungen russischer Diplomaten haben sich nun auch Norwegen und Luxemburg angeschlossen. Die Außenministerien der beiden Länder erklärten am Mittwoch jeweils drei und einen diplomatischen Vertreter Russlands zu Personae non gratae.
Zur Erklärung gaben die Behörden jeweils an, die Tätigkeit der auszuweisenden Personen sei mit deren diplomatischem Status unvereinbar gewesen bzw. habe den nationalen Sicherheitsinteressen widersprochen. Als weiter Grund wurden die Ereignisse in der ukrainischen Stadt Butscha genannt.

15:13 de.rt.com: **USA und Israel stimmen Verkauf des israelischen Raketenschildes Arrow 3 an Deutschland zu**

Angesichts des Ukraine-Krieges stimmen Israel und die USA offenbar dem Verkauf des Systems eines sogenannten Raketenschildes Arrow 3 an Deutschland zu. Bundeskanzler Olaf Scholz sagte, die Bundesregierung erwäge die Errichtung eines Raketenschutzschildes in Deutschland nach israelischem Vorbild.

Israel und die USA sollen grundsätzlich einem Verkauf des Raketenabwehrsystems Arrow 3 an Deutschland zugestimmt haben. Das berichtet die israelische Zeitung The Jerusalem Post (JPost) am Dienstag unter Berufung auf den Inspekteur der deutschen Luftwaffe Ingo Gerhartz.

Gerhartz erklärte, Arrow 3 sei das "relevanteste System" für die Bedrohungen, mit denen Deutschland konfrontiert sei. Israel und USA hätten dem Verkauf zugestimmt.

"Der Iron Dome wird für Bedrohungen auf kurze Distanz verwendet, und wir haben zu Hause eine ziemlich leistungsfähige Industrie, und wir werden Systeme dafür beschaffen", sagte Gerhartz. "Für Langstreckenabfangjäger haben wir das Patriot-Waffensystem, das wir modernisieren werden." Aber was die Bedrohungen in einer Reichweite von 15.000 km betreffe, verfüge Deutschland gegenwärtig über kein angemessenes langreichweitiges System. "Und deshalb prüfen wir Arrow 3 genau, und wir sind wirklich an dem System interessiert", fügte der Inspekteur der deutschen Luftwaffe hinzu. Das wäre der erste Verkauf dieses israelischen Abwehrsystems an ein Drittland. Deutschland hat allerdings noch keine endgültige Kaufentscheidung getroffen.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sagte zuvor in der ARD-Sendung Anne Will, die Bundesregierung erwäge die Errichtung eines Raketenschutzschildes für Deutschland nach israelischem Vorbild.

Russland habe Iskander-Raketen an Orten stationiert, die viele europäische Städte wie Berlin erreichen könnten. Die Raketen, die in der Ukraine eingesetzt worden sei, fliegen zu hoch, um von konventionellen Luftverteidigungssystemen zerstört zu werden, kommentiert die Jpost. Das Arrow-System wurde u.a. von den drei israelischen Unternehmen Israel Military

Industries, Tadiran, Israel Aircraft Industries unter Beteiligung der US-Unternehmen Raytheon und Boeing entwickelt. Es ist in der Lage, Langstrecken-Raketen sehr hoch über dem Erdboden außerhalb der Atmosphäre abzufangen. Gegen (iranische) strategische Raketenangriffe soll das Abwehrsystem Arrow mutmaßlich wirkungsvoll sein. Die Kosten für eine einzige Arrow 3-Rakete sollen bei bis zu drei Millionen US-Dollar liegen. Der ehemalige NATO-General Hans-Lothar Domröse sagte in Bezug auf diskutierte Raketen des Typs Arrow 3 dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND): "In Israel funktioniert dieses Abwehrsystem gegen traditionelle Raketen seit Jahren hervorragend." Doch wenn Russland Hyperschall-Waffen einsetze, könne derzeit kein Schutzschirm der Welt etwas dagegen ausrichten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624d67b7b480cc51fc021cab.jpg>

15:45 de.rt.com: **Orbán: Budapest bereit, russisches Gas in Rubel zu bezahlen**

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat die Bereitschaft Budapests signalisiert, die russischen Erdgaslieferungen im Einklang mit der jüngsten Verordnung des russischen Staatschefs Wladimir Putin in der russischen Währung zu bestreiten. Er sagte am Mittwoch gegenüber Reportern:

"Wir haben kein Problem damit, in Rubel zu zahlen. Wenn die Russen uns bitten, in Rubel zu zahlen, werden wir in Rubel zahlen."

Laut einem Bericht von Reuters hat Orbán den russischen Präsidenten indessen zu Friedensgesprächen nach Ungarn eingeladen, an denen auch die Staatsoberhäupter Deutschlands, Frankreichs und der Ukraine teilnehmen sollen. Die Antwort Putins sei positiv gewesen, wobei er seinerseits vor habe, Bedingungen in den Raum zu stellen, hieß es.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624d9842b480cc658e53c5e5.jpg>

16:54 (15:54) ria.ru: **Westliche Medien können ukrainische Gefangene besuchen – Verteidigungsministerium**

Russland habe Medien und internationalen Organisationen Zugang zu ukrainischen Kriegsgefangenen auf dem Territorium der Russischen Föderation gewährt, sagte Generaloberst Michail Misinzew, Leiter des Nationalen Verteidigungskontrollzentrums der Russischen Föderation, am Mittwoch.

„Die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes wird organisiert. Gemäß dem festgelegten Verfahren übermittelt die russische Seite Benachrichtigungskarten über alle inhaftierten ukrainischen Bürger. Der Zugang zu Kriegsgefangenen auf dem Territorium der Russischen Föderation wird Vertretern von Medien und internationalen Organisationen gewährt“, sagte er.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/16/1779484222_0:192:3141:1959_1280x0_80_0_0_971f854b61c04ccda438d565b3652e89.jpg

16:11 de.rt.com: **Eskalation des Ukraine-Krieges befürchtet? EU stockt Lager mit ABC-Schutzausrüstung auf**

Die Europäische Union hat angesichts der Besorgnis einer möglichen Ausweitung des Krieges

in der Ukraine nach Europa mit der Aufstockung ihrer Lagerbestände zum Schutz vor atomaren, biologischen und chemischen Vorfällen begonnen. Dies teilte die EU-Kommission der Nachrichtenagentur Reuters mit. Demnach werde die EU die für den Fall eines chemischen, nuklearen oder biologischen Zwischenfalls notwendigen Reserven an Schutzausrüstung, Dekontaminationsmitteln, Medikamenten und Impfstoffen verstärken, heißt es aus Brüssel.

Der russische Präsident Wladimir Putin hatte seine Nuklearstreitkräfte Ende Februar in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt. Kurz darauf erklärte auch der Kommandeur des für die US-Atombomben zuständigen strategischen Kommandos der USA, Admiral Charles A. Richard, seine Truppen seien bereit, "die Ziele" von US-Präsident Joe Biden zu erreichen. Seither ist der Einsatz taktischer Atomsprengköpfe in der Ukraine eines der möglichen Szenarien für die weitere Entwicklung dieses Krieges.

"Eskalation zur Deeskalation" sei nach Angaben der EU-Kommission nun die Maßgabe. Die NATO habe deshalb schon Ende März die Fähigkeiten zur Abwehr solcher Waffen aktiviert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624d8aceb480cc51a572f9b2.jpg>

17:11 (16:11) novorosinform.org: **Die neue "Butschka" hat nicht funktioniert: Ukrainische Kriminelle haben ihre Landsleute in der Nähe von Charkow hingerichtet**

Die Mörder hätten alte Feinde beseitigt und versucht, sie als Opfer von Beschuss der russischen Armee auszugeben, so die regionale Staatsanwaltschaft von Charkow.

Video- und Fotobeweise eines schweren Verbrechens führt der Telegram-Kanal "Operation Z" „Das neue Butschka hat nicht geklappt – einer der Mörder (ein 25-jähriger Ukrainer) wurde bereits gefasst“, schreiben die Autoren des Kanals.

Der Festgenommene hat bereits vor laufender Kamera ausgesagt. Ihm zufolge erschossen die Kriminellen ihre Landsleute in der Nähe des Dorfes Zeleny Gaj, luden die Leichen dann in ein Auto, brachten sie an einen anderen Ort und zündeten sie an.



https://novorosinform.org/content/images/25/14/42514_720x405.jpg

17:14 (16:14) novorosinform.org: **Das russische Verteidigungsministerium warf Kiew vor, den Gefangenenaustausch gestört zu haben**

Die ukrainische Seite lehnte ohne Erklärung die für den Austausch erstellte Liste der Soldaten ab.

Der Chef des NZUO, Michail Misinzew, sagte, dass die Ukraine den Austausch von Kriegsgefangenen seit langem störe, ungeachtet der zuvor vereinbarten Bedingungen. Seine Worte werden von TASS zitiert.

Misinzew stellte fest, dass die für den Austausch am 6. April erstellte Liste der Soldaten wiederholt spezifiziert und reduziert wurde und in der letzten Phase der Koordinierung nur 38 Namen umfasste. Dennoch lehnte die ukrainische Seite diese Liste heute Morgen ohne Erklärung ab.

In diesem Zusammenhang appelliert Russland an die Vereinten Nationen, die OSZE, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, die Führung Deutschlands, der Türkei und Frankreichs mit dem Appell zu fordern, dass die ukrainischen Behörden dem Roten Kreuz unverzüglich Zugang zu russischen Gefangenen gewähren, so dass sie ihre Haftbedingungen überprüfen könnten.



https://novorosinform.org/content/images/25/15/42515_720x405.jpg

17:35 (16:35) ria.ru: **Das Verteidigungsministerium der RF bezeichnete das US-Projekt zur Infizierung von Vögeln als leichtsinnig**

Das US-Projekt zur Verbreitung besonders gefährlicher Infektionen durch Zugvögel sei das Rücksichtsloseste und Verantwortungsloseste, es erlaube es nicht, die weitere Entwicklung der Situation zu kontrollieren, sagte Igor Kirillow, Chef der Strahlen-, chemischen und biologischen Verteidigungskräfte der Russischen Föderation.

„Von allen in den Vereinigten Staaten entwickelten Methoden zur Destabilisierung der epidemiologischen Situation ist diese Option eine der rücksichtslosesten und verantwortungslosesten, da sie es nicht erlaubt, die weitere Entwicklung der Situation zu kontrollieren. Dies wird durch den Verlauf der Pandemie bestätigt eine neue Coronavirus-Infektion, deren Entstehung und Merkmale unter Experten viele Fragen aufwerfen“, sagte Kirillow bei einem informellen Treffen des UN-Sicherheitsrates.

Er stellte klar, dass das U-P-4-Projekt, dessen Zweck darin besteht, die Möglichkeit der Ausbreitung besonders gefährlicher Infektionen durch Zugvögel zu untersuchen, bis 2020 von Laboratorien in Kiew, Charkow und Odessa durchgeführt wurde. Unter anderem wurde die Möglichkeit der Übertragung von Influenza A (H5N1), deren Sterblichkeitsrate beim Menschen 50 Prozent erreicht, sowie der Newcastle-Krankheit untersucht.

Der Leiter des RKhBZ stellte fest, dass die Ukraine eine einzigartige geografische Lage hat, wo sich transkontinentale Vogelflugrouten kreuzen, weshalb im Rahmen dieses Projekts 145 biologische Arten untersucht wurden.

„Gleichzeitig wurden mindestens zwei Arten von Zugvögeln identifiziert, deren Zugrouten hauptsächlich durch das Territorium Russlands verlaufen. Zudem wurden Informationen über die Zugrouten zusammengefasst, die durch die Länder Osteuropas verlaufen,“ er fügte hinzu.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/02/1776067527_0:141:3139:1907_1280x0_80_0_0_807b0095e927bfd1d70a2188dde91d18.jpg

17:37 (16:37) ria.ru: **Das Verteidigungsministerium erfuhr vom Interesse von US-Militärbiologen an atypischen Pestformen**

US-Militärbiologen haben ein besonderes Interesse an atypischen Formen der Pest, die Suche nach solchen wird in ganz Georgien durchgeführt, auch in unmittelbarer Nähe der Grenzen Russlands, sagte Igor Kirillow, Chef der russischen Abwehrkräfte für Strahlung, chemische und biologische Waffen, bei einem informellen Treffen des UN-Sicherheitsrates.

Ihm zufolge entspricht der Schwerpunkt der Arbeit von US-Militärbiologen auf dem Territorium Georgiens nicht den aktuellen Gesundheitsproblemen, von denen die wichtigsten gesellschaftlich bedeutende Krankheiten sind: Tuberkulose, AIDS, Coronavirus-Infektion.

„Atypische Formen der Pest sind für die Vereinigten Staaten von besonderem Interesse. Die Suche nach solchen Erregern wird in Herden in ganz Georgien durchgeführt, auch in unmittelbarer Nähe der russischen Grenze“, sagte Kirillow.

Er verwies auf Verträge des georgischen Gesundheitsministeriums mit dem Walter Reed Army Research Institute sowie mit dem Office of Threat Reduction des US-Verteidigungsministeriums und der National Nuclear Security Administration des US-Energieministeriums..

„Aus den Dokumenten geht hervor, dass potenzielle Wirkstoffe biologischer Waffen auf der Liste der vorrangigen amerikanischen Forschung stehen: Krankheitserreger von Tularämie,

Anthrax, Brucellose, Dengue-Fieber, Krim-Kongo-Fieber und anderen Krankheiten, die von blutsaugenden Insekten übertragen werden“, sagte Kirillov.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/01/0e/1767924543_0:0:3077:1731_1280x0_80_0_0_b06316ea58883148977efa36dd7e4ada.jpg

16:38 de.rt.com: **Bundestagspräsidentin: "Müssen alles Verantwortbare tun, um die Ukraine" zu unterstützen**

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas hat von Deutschland eine größere Unterstützung für die Ukraine gefordert. "Wir müssen alles Verantwortbare tun, um die Ukraine in ihrem Kampf um ihre Existenz noch stärker zu unterstützen", sagte die SPD-Politikerin am Mittwoch im Bundestag:

"Wir hier im Bundestag wissen: In der Ukraine geht es auch um Europas Frieden und unsere Sicherheit."

Die Bundesregierung nimmt zunehmend eine aktive Rolle im Ukraine-Krieg ein. Mehrere Waffenlieferungen sowie finanzielle Unterstützung wurden dem osteuropäischen Land infolge des Krieges von Deutschland bereits bereitgestellt. Im Zuge ihrer USA-Reise hatte Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht gar gesagt, dass Deutschland "inzwischen der zweitgrößte Waffenlieferant" der Ukraine sei.



<https://cdn1.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624d907d48fbef3ede0fdd26.jpg>

17:46 (16:46) ria.ru: **Einer der ASP-Stämme sei in einem amerikanischen Labor gezüchtet worden, teilte das Verteidigungsministerium mit**

Russland könne mit hoher Wahrscheinlichkeit sagen, dass in einem der dem Pentagon unterstellten Biolabors ein Stamm der Afrikanischen Schweinepest (ASP) mit erhöhter Ansteckungsgefahr konstruiert wurde, sagte Igor Kirillow, Leiter der Kräfte für Strahlenschutz, chemische und biologische Abwehr der Russischen Föderation.

„Wir können mit hoher Wahrscheinlichkeit sagen, dass in einem der dem Pentagon unterstellten Biolabors ein Stamm der Afrikanischen Schweinepest mit erhöhter Ansteckungsgefahr konstruiert wurde“, sagte Kirillow bei einem informellen Treffen des UN-Sicherheitsrates.

Er verglich die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest von Georgien auf die Russische Föderation, europäische Länder und China seit 2007. Auf dem Territorium dieser Länder wurden laut Kirillow Stämme des ASP-Virus, identisch mit dem Georgia-2007-Stamm, in Proben von toten Tieren gefunden.

„Allein der direkte wirtschaftliche Schaden für russische Unternehmen durch diese Krankheit belief sich auf mehr als 100 Millionen US-Dollar, die indirekten Verluste überstiegen 500 Millionen US-Dollar“, fügte Kirillow hinzu. Er erklärte, dass sich in der Region, in der sich das Zentrum von Luga befindet, die Situation mit Krankheiten, die durch Insektenvektoren übertragen werden, besonders verschlechtere.

Laut der Website des Europäischen Zentrums für die Kontrolle und Prävention von Krankheiten verlagert sich das Spektrum verschiedener Mückenarten, die zuvor nur in südlichen Ländern zu finden waren, von Georgien auf das Territorium einiger Subjekte der Russischen Föderation, Kirillow betont.

„Die Ausbreitung von Zecken hat auch zu Ausbrüchen des hämorrhagischen Krim-Kongo-Fiebers im Stawropol-Territorium und in der Region Rostow geführt“, sagte er.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e4/0c/1d/1591366560_0:137:3072:1865_1280x0_80_0_0_1c9488b756d54b5dd4443c9187872aaa.jpg

16:54 de.rt.com: **USA verhängen Sanktionen gegen russische Spitzenpolitiker und Familienmitglieder Putins und Lawrows**

Washington hat neue persönliche Sanktionen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg verkündet. Sie richten sich gegen den Ministerpräsidenten Russlands, Michail Mischustin, den Ex-Präsidenten Dmitri Medwedew, die Kinder Wladimir Putins sowie die Ehefrau und Tochter von Außenminister Sergei Lawrow.

Angesichts des Ukraine-Krieges haben die USA am Mittwoch ein neues großes Paket von antirussischen Sanktionen angekündigt. Persönliche Sanktionen wurden gegen hohe russische Politiker und Familienangehörige des Präsidenten Wladimir Putin sowie von Außenminister Sergei Lawrow verhängt. Betroffen sind auch Mitglieder des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, einschließlich des russischen Ministerpräsidenten Michail Mischustin und des

ehemaligen Präsidenten, Ministerpräsidenten und heutigem stellvertretenden Chef des Sicherheitsrates Dmitri Medwedew, Moskauer Bürgermeisters Sergei Sobjanin sowie des St. Petersburger Bürgermeisters Alexander Beglow. Mit Sanktionen belegt wurden auch die erwachsenen Kinder Wladimir Putins und die Ehefrau und Tochter von Sergei Lawrow. Außerdem verboten die USA neue Investitionen in die russische Wirtschaft. Die Maßnahme basiere der Erklärung des Weißen Hauses zufolge auf der Entscheidung von mehr als 600 multinationalen Unternehmen, den russischen Markt zu verlassen.

"Volle blockierende Sanktionen" wurden auch gegen die wichtigsten russischen staatlichen Unternehmen, die größte russische finanzielle Institution Sberbank und die größte Privatbank Alfa Bank eingeführt. US-Bürger dürfen mit den Unternehmen auf der Liste nicht handeln, ihre Vermögenswerte in den USA werden eingefroren.

Vor diesem Hintergrund fiel der Kurs der Sberbank-Aktien an der Börse. Der Pressedienst der Alfa Bank erklärte, dass sich die Sanktionen auf die Arbeit der Bank in Russland nicht auswirken würden. Die Kunden könnten auch weiterhin mit ihren Karten bezahlen und Geldüberweisungen auf andere Konten innerhalb des Landes tätigen. Auch die App funktioniere ohne Störungen, so die Bank.

Darüber hinaus untersagte das US-Finanzministerium Russland, Schuldenzahlungen mit Geldern zu leisten, die der US-Gerichtsbarkeit unterliegen. In diesem Zusammenhang nannte das Weiße Haus Russland "einen globalen Finanzparia" und hob hervor, Moskau müsse sich nun angesichts dieses Schritts Washingtons entscheiden, ob es seine verfügbaren Mittel aufbrauchen werde, um Schulden zu begleichen, oder ob es sich für zahlungsunfähig erkläre. Schließlich bekannte sich Washington jedoch zur Unterstützung von humanitären Unterstützungsmaßnahmen für russische Bürger. Zu diesen gehören dem Weißen Haus zufolge die Verfügbarkeit von Grundnahrungsmitteln, Agrarrohstoffen, Medikamenten und medizinischen Geräten sowie der Zugang zu Telekommunikationsdiensten und zum Internet, das dem russischen Volk einen Blick in die Sichtweise von außen bieten sollte.

Kurz darauf folgten die Berichte, dass auf EU-Ebene am heutigen Mittwoch nicht gelungen ist, eine Einigung in Bezug auf die Ausweitung der antirussischen Sanktionen zu erzielen. Vorgesehen war unter anderem ein Verbot des Imports russischer Kohle.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624db58db480cc283f36ddb6.jpg>

17:20 de.rt.com: **NATO-Generalsekretär: Krieg in der Ukraine könnte noch Jahre dauern**

Beim Ukraine-Krieg müsse sich die NATO auf einen langen Weg vorbereiten, deutete Generalsekretär Jens Stoltenberg am Mittwoch am Rande eines Treffens der 30 Außenminister der Bündnisstaaten in Brüssel an. Er sagte:

"Wir haben keine Anzeichen dafür gesehen, dass Präsident Putin seine Ambitionen geändert hat, die komplette Ukraine zu kontrollieren und die internationale Ordnung umzuschreiben."

Man müsse sich bewusst darüber werden, dass der Krieg noch "viele Monate oder sogar Jahre" andauern könne, erklärte Stoltenberg ferner. Er fügte hinzu: "Wir müssen die Ukraine unterstützen, unsere Sanktionen aufrechterhalten, unsere Verteidigung und unsere Abschreckung stärken."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624da68548fbef3aee4008c2.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 6. April 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben in Nowotroizkoje eine Basisstation montiert und einen Kommunikationskanal für den Anschluss an das Mobilfunknetz organisiert, sie haben das Kabel an einem Abschnitt der Straße Jelenowka – Wolnowacha repariert.

Spezialisten haben in Nowogrigorjewka, Staroignatjewka, Swobodnoje und Wolnowacha die **Auszahlung von Renten und Sozialunterstützung** organisiert. In Wolnowacha, Mangusch und Wolodarskoje wurden Postfilialen für die Inbetriebnahme vorbereitet.

In Wolnowacha gibt es nun die Möglichkeit eines Internetanschlusses.

Im Gebiet von Beresowoje wurde das Kommunikationskabel Donezk – Mariupol repariert, in Wolodarskoje, Mangusch und Wolnowacha werden Arbeiten zu Montage und Installation von Taxofonen durchgeführt.

Das **Gesundheitsministerium der DVR** registriert in den befreiten Gebieten weiter Bürger.

In Mariupol werden weiter Patienten aufgenommen, 56 Personen erhielten notwendige konsultative und medizinische Hilfe, es werden weiter Wohngebiete abgegangen, um der Bevölkerung medizinische Hilfe zu leisten, in der Stadt gibt es eine mobile Apotheke.

Mitarbeiter des Verkehrsministeriums der DVR haben in Wolodarskoje, Mangusch, Perschtrawnewoje und Kasjanowka eine Inventarisierung von Spezialtechnik vorgenommen, außerdem geht die Reparatur der Autostraße Mariupol – Markino am Abschnitt Oktjabrj – Pischtschewik weiter.

Spezialisten der **Donezker Eisenbahn** haben an der Eisenbahnstation Wolnowacha 40 Meter Schienen, 180 Meter Stromkabel an einem Zugumspannwerk ausgetauscht und ein Leitungspult des Postens EZ-2 repariert.

Spezialisten des Zivilschutzministeriums der DVR haben auf den befreiten Territorien 21,87 Hektar untersucht. 814 explosive Objekte wurden entschärft. Es wurde humanitäre Hilfe ausgegeben.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf

der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
- die sich vor Ort schlecht orientieren;
- die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
- die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
- sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
- die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
- die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).

Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

17:42 de.rt.com: **In eigener Sache: RT DE weiterhin über Alternativen zu erreichen**

Auch nach dem EU-Ratsbeschluss, "RT DE" das Aussenden von Inhalten innerhalb der EU zu verbieten, gibt es Alternativen und Möglichkeiten, uns zu erreichen.

Liebe Leser,

die Dienste von RT sind im Netz derzeit ständigen Angriffen ausgesetzt. Ziel ist, die Seiten zu blockieren und uns als nicht prowestliche Informationsquelle zum Schweigen zu bringen. Wir arbeiten weiter unermüdlich daran, Ihnen Sichtweisen jenseits des Mainstreams anzubieten und technisch den Zugang zu unseren Artikeln zu ermöglichen.

Über die jeweils aktuellen Wege zu uns, halten wir Sie gern per Mail über unseren Newsletter auf dem Laufenden. Dafür können Sie sich oben rechts auf unserer Homepage eintragen. Alle Dienste sollten auch problemlos über den Tor-Browser erreichbar sein. Im Moment erreichen Sie RT DE wie folgt:

Website:

<https://test.rtde.live>

<https://test.rtde.website>

<https://test.rtde.me>

<https://test.rtde.tech>

<https://test.rtde.life>

<https://test.rtde.world>

Diese älteren Links funktionieren möglicherweise nicht mehr:

<https://rtde.site>

<https://rtde.xyz>

<https://rtde.team>

Android App:

<https://play.google.com/store/apps/details?id=com.rt.mobile.english&hl=en&gl=US>

<https://cdn.rt.com/app/rtnews.apk>

RT DE im Yandex Messenger:

<https://yandex.ru/chat/#!/join/80aee2cd-c3d7-4006-adb8-10fb02a83ceb>

RT DE auf Odysee:

<https://odysee.com/@RTDE:e>

RT DE auf VK:

https://vk.com/rt_de

Bleiben Sie uns gewogen!

Ihre RT DE-Redaktion

dan-news.info: Der ehemalige Abgeordnete des Stadtrats von Mariupol von der ukrainischen Partei „Oppositionsplattform – für das Leben“ und Generaldirektor des Werks „Asowmasch“ wurde zum Bürgermeister von Mariupol ernannt.

abends:

18:00 de.rt.com: **EU-Diplomaten scheitern an Vereinbarung von neuem antirussischem Sanktionspaket**

Die EU-Diplomaten sollen bei der Einigung auf ein neues Paket von Sanktionen gegen Russland und ein Verbot von russischen Kohleimporten gescheitert sein. Dies berichtet die englische Nachrichtenagentur Reuters.

Unterdessen schloss der russische Präsidentensprecher Dmitri Peskow nicht aus, dass die diplomatischen Beziehungen zu westlichen Ländern abgebrochen werden könnten, wenn die Ausweisung russischer Diplomaten fortgesetzt wird.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 6.4.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **7 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden ein Wohnhaus und 2 zivile Infrastrukturobjekte beschädigt. Die Materialien zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Die ukrainischen Nationalisten setzen den Terror und das Genozid gegen die Zivilbevölkerung auf dem zeitweilig von ihnen kontrollierten Territorium der Donezker Volksrepublik fort. Nach Informationen von örtlichen Einwohnern von Ugledar über den

offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz der DVR in der App „Telegram“ wurde uns bekannt, dass **zwei Zivilisten von ukrainischen Nationalisten aus dem 46. Bataillon „Donbass“ erschossen wurden, um sich deren Autos vom Typ Toyota anzueignen.** Wir wenden uns an alle Bürger, die sich auf dem zeitweilig von ukrainischen Nationalisten kontrollierten Territorium befinden. Wenn sie Augenzeugen von Verbrechen ukrainischer Kämpfer wurden, versuchen Sie, ein Video oder Foto von den Fällen zu machen, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen. Nach Absenden der genannten Informationen über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz in Telegram werden diese Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung der ukrainischen Kriegsverbrecher mit der gesamten Strenge des Gesetzes verwendet werden.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 68 ukrainische Nationalisten, 7 Feuerpunkte, 2 122mm-Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 2 Panzerfahrzeuge und einen Lastwagen vernichtet. Ein Panzerfahrzeug und 2 Lastwagen wurden erbeutet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass **in den letzten 24 Stunden 3 Verteidiger der Donezker Volksrepublik** im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht **starben, 18 wurden verletzt.**

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbild für zukünftige Generationen sein werden.

Am 3. April 2022 hat eine Aufklärungsgruppe des 6. Bataillons für Territorialverteidigung bestehend aus dem Feldwebel Jegor Jurjewitsch Gajdaj und den Soldaten Sergej Wassiljewitsch Pudol und Jaroslaw Anatoljewitsch Gontscharow unter Kommando von Oberstleutnant Igor Wiktorowitsch Pusik einen Kampfauftrag in Mariupol ausgeführt. Im Gebiet des Bahnhofs entdeckte die Aufklärungsgruppe die Bewegung einer Kolonne, die Munition für die Nationalisten lieferte. Dank der fachkundigen Führung von Oberstleutnant Pusik nahm das Personal der Gruppe günstige Positionen ein und führte einen Schlag gegen die Kolonne des Gegners. Durch entschiedene Handlungen stoppten die Soldaten die feindliche Technik und vernichteten 2 Fahrzeuge, die Munition transportierten, und 23 Nationalisten.

18:40 de.rt.com: Journalisten auch für Wiedergabe von falschen Informationen über russisches Militär verantwortlich?

Laut einem in der Duma eingebrachten Gesetzentwurf sollen Journalisten in Russland auch für die Wiedergabe von Informationen anderer Medien zur Rechenschaft gezogen werden, die falsche Informationen über den Einsatz der russischen Streitkräfte im Ausland enthalten und die russische Armee in Verruf bringen.

Die Änderungen sollen dem Dokument zufolge in Artikel 57 des Mediengesetzes aufgenommen werden, der die Freistellung von Redakteuren von einer Haftung für die Verbreitung von Informationen regelt, die nicht der Realität entsprechen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624db823b480cc12983a404f.jpg>

19:00 de.rt.com: **EU verkündet verstärkte Bereitschaft für chemische und nukleare Bedrohungen**

Die EU hat die verstärkte Bereitschaft für chemische und nukleare Bedrohungen verkündet. Janez Lenarčič, Mitglied der Europäischen Kommission im Bereich Krisenmanagement, erklärte in diesem Zusammenhang:

"Wir richten sowohl eine Dekontaminationsreserve als auch einen neuen Vorrat an Ausrüstung für chemische, biologische oder nukleare Notfälle ein."

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Das Verteidigungsministerium der RF teilte mit, dass **der für heute geplante Gefangenenaustausch von der ukrainischen Seite zum Scheitern gebracht** wurde. „Die für den Austausch erstellte Liste von 251 Soldaten wurden über den Tag mehrfach präzisiert und gekürzt, in der letzten Etappe enthielt die abgestimmte Liste nur 38 Namen. Aber am Morgen des 6. April wurde sie von der ukrainischen Seite ohne Erklärung zurückgewiesen. Das russische Verteidigungsministerium nimmt im Zusammenhang damit an, dass mit den russischen Soldaten, die sich in Gefangenschaft befinden, nicht alles in Ordnung ist“, teilte der Leiter des nationalen Leitungszentrums für Verteidigung Michail Misiznew mit.

19:15 de.rt.com: **China schlägt USA Möglichkeit zur Lösung der Ukraine-Krise vor – Aufhebung antirussischer Sanktionen**

Der Pressesprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhao Lijian, hat mitgeteilt, wie die USA die Ukraine am besten unterstützen können. Zhao Lijian zufolge sollten die USA die Sanktionen gegen Russland aufheben. Dies würde die politische und humanitäre Lage des Landes verbessern.

Die USA profitieren von ihrer Kampagne zur Verhängung antirussischer Sanktionen, während selbst ihre engen Verbündeten darunter leiden. Dies erklärte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhao Lijian, am 06. April bei einem Briefing. Das Streben nach antirussischen Sanktionen sollte aufgegeben werden, um die Krise in der Ukraine zu lösen, hieß es weiter.

Washington zwingt andere Nationen, Sanktionen gegen Russland zu verhängen, während die Entwickler dieser Maßnahmen darauf bedacht seien, die Kosten für die USA selbst so gering wie möglich zu halten, so der chinesische Beamte. Laut Zhao Lijian habe sich das Land selbst in eine Lage gebracht, die es ihnen ermögliche, vom Chaos zu profitieren. Wörtlich hieß es: "Für Europa haben der Krieg und die Sanktionen Flüchtlinge, Kapitalabfluss und

Energieknappheit zur Folge."

Zhao bekräftigte den Standpunkt Pekings, dass einseitige Sanktionen der Weltwirtschaft schaden und nicht zu Frieden und Sicherheit führen können. Der Pressesprecher des chinesischen Außenamtes unterstrich:

"Wenn die USA wirklich eine Deeskalation der Situation in der Ukraine fördern wollen, sollten sie aufhören, Öl ins Feuer zu gießen, die Sanktionskeule aus der Hand geben, von Worten und Handlungen der Nötigung absehen und wirklich Frieden und Gespräche fördern." Seine Äußerungen kamen zu einem Zeitpunkt, als die USA und ihre Verbündeten den Druck auf Moskau erhöhten, nachdem Kiew behauptet hatte, russische Truppen hätten in der ukrainischen Stadt Butscha Kriegsverbrechen begangen. Moskau wies die Anschuldigungen zurück und sagte, sie seien offenbar dazu gedacht, die laufenden Friedensverhandlungen zu behindern.

Über die Situation in Butscha erklärte Zhao, dass eine gründliche, unabhängige Untersuchung notwendig sei, um festzustellen, was dort passiert sei. Die Bilder aus Butscha seien beunruhigend. Humanitäre Fragen sollten jedoch nicht politisiert werden, so der Pressesprecher:

"Alle Anschuldigungen sollten auf Tatsachen beruhen und alle Parteien sollten Zurückhaltung üben und unbegründete Anschuldigungen vermeiden, bis die Untersuchung abgeschlossen ist."

Der Diplomat erklärte, Peking unterstütze jede Initiative, die auf eine Deeskalation der Gewalt in der Ukraine abziele. Dies betonte die chinesische Seite bereits mehrmals. Zuvor hatte Chinas Außenminister Wang Yi unterstrichen, dass Dialog und Verhandlungen die einzigen Lösungen für die Ukraine-Krise seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624da63cb480cc137546bd92.jpg>

19:20 de.rt.com: **Chefin des US-Finanzministeriums: Russland wird nicht aus dem IWF ausgeschlossen werden**

Es werde nicht möglich sein, Russland aus dem Internationalen Währungsfonds (IWF) auszuschließen. Dies erklärte die Chefin des US-Finanzministeriums Janet Yellen. Bei einer Anhörung vor einem Ausschuss des US-Repräsentantenhauses sagte sie:

"Russland ist IWF-Mitglied.... Die meisten IWF-Mitglieder sind sich einig, dass das Vorgehen Russlands entsetzlich ist. Es sieht jedoch nicht so aus, als ob es angesichts der Regeln möglich wäre, Russland auszuschließen."

Als Reaktion auf Russlands Sondereinsatz in der Ukraine hatten westliche Länder neue antirussische Sanktionen verhängt, unter anderem gegen russische Banken und Unternehmen. Eine Reihe von Unternehmen kündigte ihren Rückzug vom russischen Markt und die Schließung von Produktionsstätten in Russland an. Der russische Außenminister Sergej

Lawrow wies darauf hin, dass westliche Unternehmen, die sich weigern, mit Russland zusammenzuarbeiten, unter enormem Druck stünden, aber Russland werde alle wirtschaftlichen Probleme lösen, die der Westen ihm aufbürde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624dc1c948fbef3c8959c445.jpg>

20:55 de.rt.com: **Türkei erwägt Normalisierung der Beziehungen zu Syrien**

Nach dem jüngsten Besuch von Baschar al-Assad in Abu Dhabi erwägt nun auch die Türkei, ihre Beziehungen zu Syrien wieder zu normalisieren. In Ankara hofft man offenbar, dass die Normalisierung der Beziehungen beider Länder auch die Rückkehr syrischer Flüchtlinge in ihr Heimatland erleichtern könne.

Der syrische Präsident Baschar al-Assad besuchte kürzlich Abu Dhabi und traf sich dort mit führenden Politikern der Vereinigten Arabischen Emirate. Dieses Zusammentreffen machte deutlich, wie sehr sich die Golfstaaten inzwischen vom Westen entfernt haben und sich damit auf einen Nahen Osten ohne starke US-Präsenz vorbereiten. Nun prüft auch die Türkei die Möglichkeiten, Gespräche mit der syrischen Regierung wieder aufzunehmen und ihre Beziehungen zu Syrien zu normalisieren. Das berichtet Press TV unter Berufung auf die türkische Zeitung Hürriyet am Mittwoch.

Die türkische Zeitung berichtet, dass die bereits bestehenden Beziehungen zwischen Damaskus und Ankara – trotz des andauernden Ukraine-Krieges – verbessert werden könnten. Für Ankara stünden vor allem drei Themen auf Tagesordnung: die Aufrechterhaltung der einheitlichen Struktur und territorialen Integrität Syriens, die Gewährleistung der Sicherheit der syrischen Flüchtlinge, die in ihr Land zurückkehren könnten, und die Aktivitäten der PKK in Syrien.

Im Hinblick auf den jüngsten Assad-Besuch in Abu Dhabi schreibt Hürriyet, Ankara glaube, der Besuch des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) im vergangenen Monat habe gezeigt, dass er neue Initiativen ergreifen wolle und mehr Unterstützung brauche, um sein Land weiter stabilisieren zu können. Ankara könne diesen Prozess zu seinen Gunsten nutzen, wenn diese "neue Phase" von Beziehungen zu den Vereinigten Arabischen Emiraten in Betracht gezogen würde. Ein möglicher Erfolg dieser Bemühungen könnte zur Rückkehr von mindestens der Hälfte der in der Türkei lebenden syrischen Flüchtlinge in ihr Heimatland führen, kommentierte Hürriyet.

Auch der türkische Präsident reiste Mitte Februar zum ersten Mal nach fast zehn Jahren in die Vereinigten Arabischen Emirate. Die beiden Länder unterzeichneten dabei eine gemeinsame Erklärung zur Aufnahme von Verhandlungen über ein bilaterales Handels- und Investitionsabkommen, das als Comprehensive Economic Partnership Agreement (CEPA) bekannt ist.

Die syrische Regierung in Damaskus hat maßgebliche ausländische Akteure in Syrien wie die

USA und die Türkei mehrfach aufgefordert, separatistische Bewegungen und dschihadistische Milizen in Nordsyrien nicht länger zu fördern und die syrische Souveränität nicht weiter zu verletzen.

In den letzten Jahren ist die Türkei sukzessive in Syrien und den Irak einmarschiert und besetzt Gebiete im Norden beider Länder, angeblich um dort "kurdische Terroristen" zu bekämpfen, also jene Milizen zu bekämpfen, die selbst erst von den USA bewaffnet wurden, um wiederum den "Islamischen Staat" (IS) zu bekämpfen.

Syrien kämpft derzeit um die Rückkehr zur Normalität, nachdem im zurückliegenden Jahrzehnt ein Großteil des Landes zerstört und nunmehr von Terrororganisationen und deren Verbündeten wieder befreit wurde. Die letzte Hochburg der Dschihadisten befindet sich in der Provinz Idlib im Nordwesten des Landes, wo auch türkische Truppen präsent sind. Ein Großteil der Gebiete in Nordostsyrien befindet sich zudem unter Kontrolle der kurdisch dominierten SDF, die weiter vom US-Militär unterstützt wird.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624d8c3148fbef3ca948c78b.jpg>